

**D-01-081** Dringlichkeitsantrag: Unsere Freiheit und die der Ukraine bewahren. Europäische Sicherheitsordnung schützen.

Antragsteller\*in: Philipp Schmagold (KV Plön)

## Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 81 bis 84 löschen:

~~1) eine deutliche Positionierung für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine;~~

~~2) eine deutliche Positionierung für die Aufhebung der Reichweitenbeschränkung deutscher Waffen und anderer künstlicher Einschränkungen der ukrainischen Verteidigungsfähigkeit;~~

## Begründung

Hiermit wird die gleichzeitige Streichung der ersten beiden Forderungen beantragt, die lauten:

1) eine deutliche Positionierung für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine;

2) eine deutliche Positionierung für die Aufhebung der Reichweitenbeschränkung deutscher Waffen und anderer künstlicher Einschränkungen der ukrainischen Verteidigungsfähigkeit;

Begründung der Streichung:

Natürlich schlagen unsere Herzen für die angegriffene Ukraine, die sich gegen den brutalen Aggressor Putin wehrt.

Die Forderung nach einer zeitnahen Nato-Mitgliedschaft für die Ukraine ist allerdings schon alleine und noch mehr in Kombination mit einer Aufhebung der Reichweitenbeschränkung deutscher Waffen dazu geeignet, den 3. Weltkrieg auszulösen. Dieses Szenario mit hunderten Millionen oder sogar Milliarden Toten gilt es um jeden Preis zu verhindern.

## weitere Antragsteller\*innen

Martin Pilgram (KV Starnberg); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Delphine Scheel (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Matthias Striebich (KV Forchheim); Hans-Jürgen Iske (KV Ammerland); Reinhard Prüllage (KV Grafschaft Bentheim); Ruth Alpers (KV Harburg-Land); Peter König (KV Bonn); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Benjamin Kunz (KV Birkenfeld); Christian Gelbke (KV Düsseldorf); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Roland Appel (KV Bonn); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Thomas Mohr (KV München); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Birgit Heilmann (KV Harburg-Land); sowie 31 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

D-01/01 Dringlichkeitsantrag: Unsere Freiheit und die der Ukraine bewahren. Europäische Sicherheitsordnung schützen.

Antragsteller\*in: Robin Wagener (KV Lippe)

## Titel

Ändern in:

Die Ukraine stärken, den Frieden gewinnen

## Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 1 bis 92:

~~Seit der russischen Vollinvasion stehen wir vor einer historischen Zäsur der europäischen Sicherheitsordnung sowie an einem globalen neuralgischen Punkt der Völkerrechtsgeschichte, an dem unsere Haltung und unser Handeln darüber entscheiden werden, ob unsere regelbasierte Ordnung ihre gegenwärtige Krise übersteht oder nicht. Gerade unsere grüne Kernprogrammatik – zivile Konfliktbewältigung im Sinne eines breiten und vernetzten Sicherheitsbegriffes und dekolonialer Ansätze – erfordert dringend an diesem neuralgischen Punkt beherztes Handeln. Zu all diesen Entwicklungen bedarf es dringend einer parteiinternen Debatte und Positionierung.~~

### 1. Nordkorea

~~Durch den Einsatz nordkoreanischer Truppen in der Ukraine ist eine neue Situation im Kriegsgeschehen entstanden. Für seine aktive Kriegsbeteiligung hat es im Gegenzug vermutlich erhebliche Unterstützung in Form von Energie, Devisen oder sogar Technologien für Raketen- und Atomwaffenprogramme von Russland zugesichert bekommen. Ein solches Szenario könnte eine Eskalation auf der koreanischen Halbinsel provozieren und stellt eine massive Bedrohung nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die europäische sowie asiatische Sicherheitsarchitektur dar. Die militärische Allianz zwischen Russland und Nordkorea ist ein klares Zeichen dafür, dass Moskau auf eine internationale Eskalationsstrategie setzt.~~

### 2. Friedensplan und Sicherheitsgarantien

~~Die Situation der Ukraine ist entscheidend für die Zukunft der europäischen Sicherheitsordnung. Für einen stabilen und nachhaltigen Frieden sind Sicherheitsgarantien für die Ukraine essenziell. Diesbezüglich hat der ukrainische Präsident auf dem EU-Gipfel und dem parallel stattfindenden NATO-Treffen in Brüssel seinen sogenannten "Sieges-Plan" vorgestellt. Dabei hat er angedeutet, dass eine nukleare Bewaffnung der Ukraine die einzige Alternative zu einer NATO-Mitgliedschaft sei. Die Tatsache, dass die Ukraine in Erwägung zieht, ihre Sicherheit nur durch den Besitz von Atomwaffen garantieren zu können – sollte sie nicht NATO-Mitglied und entsprechende Sicherheitsgarantien erhalten –, verdeutlicht, wie sehr die Prinzipien der nuklearen Nichtverbreitung durch unsere zögerliche Haltung untergraben werden. Statt eine friedensfördernde Wirkung zu haben, führt das Setzen auf vermeintliche „rote Linien“ des Kremls zu einer weiteren Verschärfung der globalen Sicherheitslage. Ohne verlässliche Sicherheitsgarantien durch die NATO wird es zunehmend schwieriger, eine nukleare Aufrüstung der Ukraine glaubhaft zu verhindern.~~

### 3. Deutschland im Visier Russlands: systematische Desinformations- und Propagandakampagnen

~~Russland betrachtet die Bundesrepublik Deutschland und den Westen schon seit längerer Zeit als Kriegsgegner und führt bereits seit geraumer Zeit einen hybriden Krieg gegen den Westen. Deutschland~~

ist dabei eines seiner Hauptziele. Dies wurde in der jüngsten öffentlichen Anhörung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) deutlich, bei der systematische russische Desinformations- und Propagandakampagnen, durchgeführt durch Geheimdienste und sogenannte "Trollfabriken", im Zentrum standen. Diese Angriffe zielen darauf ab, unsere Demokratie zu destabilisieren und das Vertrauen in unsere Institutionen zu untergraben. Dabei beschränken sich die russischen Aktivitäten nicht nur auf digitale Angriffe: Cyberangriffe, Sabotageakte, Spionage und sogar Auftragsmorde sind dabei nicht nur gelegentliche Bestandteile, sondern Hauptmerkmal der russischen Außenpolitik geworden. Ein aktuell alarmierendes Beispiel ist die Einmischung in das Referendum in der Republik Moldau, wo Moskau orchestrierte Maßnahmen ergriffen hat, um freie und faire Wahlen zu behindern und eine pro-westliche Ausrichtung zu verhindern.

#### 4. Russland rüstet massiv auf

Parallel dazu baut Russland seine konventionellen Streitkräfte massiv aus und strukturiert diese neu. Es ist absehbar, dass Russland spätestens gegen Ende dieses Jahrzehnts personell und materiell in der Lage sein wird, einen Angriff gegen die NATO zu starten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Putin die „roten Linien“ austestet und den Krieg weiter eskalieren wird. Seine strategischen Ziele gehen längst über die Ukraine hinaus – er strebt eine Konfrontation mit dem Westen an, um eine neue Weltordnung nach seinen Vorstellungen zu etablieren.

In Anbetracht des Drucks, den Putin-freundliche Parteien in Deutschland wie die AfD und das BSW auf die CDU und andere potenzielle Koalitionspartner ausüben, ist es unabdingbar, dass wir uns im kommenden Bundestagswahlkampf als die Partei profilieren, die diese Bedrohungen verstanden hat.

#### Resümee

Putin versteht den Krieg in der Ukraine als einen globalen Kampf gegen den Westen und die regelbasierte internationale Ordnung. Sein Ziel ist die innere Zersetzung der Rechtsstaatlichkeit und unserer liberalen Demokratien. Die EU und die NATO müssen zukünftig nicht nur mit möglichen russischen Angriffen rechnen, sondern mit einer breiteren Allianz gegen den Westen, zu der auch Nordkorea zählt. Nicht unsere entschlossene Unterstützung befördert eine Eskalation, sondern unsere Zögerlichkeit. Eine entschiedene militärische Unterstützung der Ukraine ist die einzige Möglichkeit, ernsthafte diplomatischen Lösungen und echte Friedensverhandlungen voranzutreiben. Wir als Bündnis '90/Die GRÜNEN können und müssen eine starke Stimme der Unterstützung in diesem Zusammenhang sein und uns in unseren bevorstehenden programmatischen Debatten und Wahlkämpfen auch dezidiert positionieren.

Die BDK möge vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Bedrohungsverschärfungen beschließen:

- 1) eine deutliche Positionierung für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine;
- 2) eine deutliche Positionierung für die Aufhebung der Reichweitenbeschränkung deutscher Waffen und anderer künstlicher Einschränkungen der ukrainischen Verteidigungsfähigkeit;
- 3) eine resolute Isolierung Russlands und seiner Unterstützer, um Bündnisse gegen die regelbasierte Ordnung zu verhindern;
- 4) das außenpolitische Profil von Bündnis '90/Die GRÜNEN als Partei hervorzuheben, die konsequent an der Seite der Ukraine steht und für die Bewahrung unserer europäischen Sicherheitsordnung und regelbasierter Weltordnung einsteht;
- 5) eine Priorisierung dieser Frage im (außenpolitischen) Programmprozess und im Bundestagswahlkampf.

Die Wiederwahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika macht die Sicherheitspolitik der USA künftig weniger berechenbar. Darauf müssen Deutschland und seine Partner

in EU und NATO dringend eine Antwort finden. Unklar ist, ob Präsident Trump die bestehenden Institutionen der regelbasierten internationalen Ordnung nutzen oder ignorieren wird. Wahrscheinlich scheint, dass sich die USA künftig weniger für die Sicherheit Europas engagieren werden. Deutschland wird daher umgehend mehr Verantwortung für die existenziellen Fragen von Frieden und Sicherheit in Europa übernehmen müssen. Für die Ukraine kann der Wahlsieg Trumps katastrophale Folgen haben: Die Komplexität tragbarer Friedensprozesse ist unvereinbar mit den naiven Vorstellungen einfacher Deals mit Putin. Echter Frieden respektiert das Recht auf Selbstbestimmung, Souveränität und vollständige territoriale Integrität.

Auch die vorzeitige Beendigung der deutschen Bundesregierung durch Olaf Scholz und Christian Lindner sorgt für zusätzliche Unsicherheit in der Ukraine und Europa. Die fehlende Bereitschaft für weitergehende militärische, aber auch finanzielle und humanitäre Unterstützungsleistungen durch SPD und FDP belastet Stabilität und Sicherheit.

Die aktuelle Situation in den USA und Deutschland, aber auch die akuten russischen Geländegewinne stärken Putin in seinen brutalen Ambitionen. Er wird nicht davon ablassen, die Ukraine zu unterwerfen, sondern setzt strategisch weiter auf die politische Ermüdung des Westens – besonders unter Donald Trump. Die russische Kooperation mit autoritären Regimen wie dem Iran oder Nordkorea sind zusätzlich Ausdruck einer russischen Eskalationsstrategie, die weltweit Frieden und Sicherheit gefährdet. Schon heute sieht sich Putin im Krieg mit dem liberalen Westen: Sabotage-Angriffe gegen deutsche Rüstungsunternehmen und Brandsätze gegen DHL in Deutschland und Europa verdeutlichen die zunehmende Skrupellosigkeit des Kremls. Putin eskaliert den Krieg über die Ukraine hinaus. Unsere baltischen und polnischen Partner sind zurecht alarmiert. Zudem kämpft Russland einen Informationskrieg mit Lügen, Propaganda und Kreml-nahen Parteien und Bündnissen, der sich gezielt gegen die liberalen Demokratien richtet. Putin schürt Hass und Hetze, um unsere freien Gesellschaften zu spalten und die Unterstützung für die Ukraine zu senken.

Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen, Putin muss scheitern. Russland muss Verantwortung für den Krieg und seine Kriegsverbrechen übernehmen. Für die friedliche Zukunft in Europa muss es dem Putin-Russland verneint werden, diesen Krieg fortzuführen und sein bestehendes diktatorisches Regime aufrechtzuerhalten. Kurzfristig muss daher die militärische und diplomatische Unterstützung der Ukraine weiter verstärkt werden. Wir setzen uns für die Verschärfung und verbesserte Wirksamkeit europäischer und internationaler Sanktionen gegen Russland ein, um die russische Kriegsfähigkeit zu schwächen und Ressourcen des russischen Staates für seine Kriegswirtschaft maximal zu beschneiden. Auch mittel- und langfristig setzen wir auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern, den ökonomischen Druck auf das Regime erhöhen, unsere eigene politische und militärische Handlungsfähigkeit durch klare Signale der Entschlossenheit wahren und Verteidigung der westlichen Staaten und ihrer Partner garantieren.

Für uns steht fest: Russland hat die Chance auf eine bessere Zukunft. Es kann sich in eine friedliche parlamentarische Demokratie wandeln, eine wahre Föderation. Wir stehen daher weiter an der Seite jener, die gegen den Krieg aufbegehren und sich für ein demokratisches und friedliches Russland einsetzen.

Klar ist aber auch: Es liegt im strategischen und sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands und der EU, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine entschlossen zu verteidigen und das Land in seinem demokratischen Aufbau, der Rechtsstaatlichkeit und seiner Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der euroatlantischen Integration zu unterstützen und zu stärken. Es braucht daher den konsequenten Ausbau der deutschen und europäischen Unterstützung für die Ukraine und eine neue Strategie zum Umgang mit dem autoritären und aggressiven Russland von heute.

In dieser Phase geopolitischer Unsicherheit senden wir ein Signal der Zuversicht und Entschlossenheit. Angesichts der kommenden Neuwahlen geben wir all jenen eine politische Heimat, die wahrhaften Frieden wünschen. Als Bündnis 90/Die Grünen stehen für einen Friedensprozess, an dessen Ende ein wahrhafter Frieden stehen kann. Für uns ist Frieden keine Leerformel, kein plakativer Wahlkampflogan. Unterwerfung und Fremdbestimmung stiften keinen Frieden, sondern stärken Willkür, Chauvinismus und Gewalt. Für uns ist Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist das Versprechen nach Sicherheit. Frieden schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, für soziale und politische Teilhabe, für Selbstverwirklichung. Frieden schafft die Voraussetzungen für die Durchsetzung politischer Rechte und rechtsstaatlicher Prinzipien, für Demokratie, für Dialog, für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und kulturelle Vielfalt. Für diesen Frieden kämpft die Ukraine, kämpfen wir gemeinsam, denn dieser Frieden gilt uns allen.

Als Bündnis 90/Die Grünen1. stehen wir für einen glaubwürdigen, gerechten und wahrhaften Frieden für die Ukraine; einen ukrainischen Freiheitsfrieden in Selbstbestimmung statt eines russischen Diktatfriedens;

2. versichern der Ukraine unsere Partnerschaft und fortdauernde Bereitschaft zur vollumfänglichen Unterstützung in Bundesregierung und Bundestag;

- verstehen wir uns als Partner der euroatlantischen Integration der Ukraine und

- unterstützen den erfolgreichen EU-Beitrittsprozess;

3. stärken das Recht auf freie Bündniswahl, respektieren und unterstützen das souveräne Verfassungsziel der Ukraine auf eine künftige Mitgliedschaft des Landes in der NATO, weil nur so glaubwürdig Sicherheit garantiert werden kann;

4. unterstützen wir die vielfältigen diplomatischen Friedensbemühungen der Ukraine und ihrer Partner unter dem Grundsatz „Nichts über die Ukraine, ohne die Ukraine“;

5. stehen wir für mehr und umfangreicheres deutsches Engagement zur Verbesserung der ukrainischen Verteidigungsfähigkeit. Damit schützen wir die ukrainische Zivilgesellschaft und Infrastruktur. Zudem schaffen die militärischen Fähigkeiten der Ukraine die Voraussetzungen, diplomatische Handlungsspielräume gegenüber Russland zu sichern und zu stärken;

6. bestärken die Verantwortung dafür, das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr zu verbessern und den deutschen Beitrag zu den dann jeweils geltenden NATO-Fähigkeitszielen zu gewährleisten;

7. bekräftigen wir unser Ideal einer verantwortungsvollen globalen Abrüstungspolitik und stärken die dafür notwendigen militärischen und diplomatischen Voraussetzungen;

8. fordern wir die konsequente Verfolgung, Dokumentation und Verurteilung russischer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Russland muss zur Verantwortung gezogen werden;

9. setzen wir uns für eine vollumfängliche Nutzbarmachung der eingefrorenen russischen Vermögenswerte für die Ukraine ein;

10. setzen wir uns ein für eine neue deutsche Russland-Strategie zum Umgang mit dem aggressiven totalitären Russland von heute;

11. stärken wir demokratische Bündnisse und Partnerschaften weltweit und unterstützen die Zivilgesellschaften und Demokratiebewegungen in Belarus, Moldau, Georgien und Russland.

## Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Seit dem Antragsschluss zur Bundesdelegiertenkonferenz hat sich die geopolitische Situation massiv verändert. Donald Trump schafft Unsicherheiten im transatlantischen Sicherheitsgefüge. Die anstehenden Neuwahlen in Deutschland schaffen Unsicherheit – auch für die Ukraine. Zusätzlich wurde bekannt, dass Russland den Krieg auch durch den Einsatz nordkoreanischer Streitkräfte gegen die Ukraine weiter eskaliert. Auch die Warnungen der deutschen Geheimdienste während der öffentlichen

Anhörung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) zeigten deutlich, wie stark die systematischen russischen Desinformations- und Propagandakampagnen den demokratischen Diskurs belasten und radikalen Kräfte stärkt.

Vor dem Hintergrund der Neuwahlen ist es daher dringend geboten, dass Bündnis 90/Die Grünen klar Position beziehen und nachvollziehbar transparent machen, welche Konzepte wir für den Frieden und die Sicherheit für die Ukraine und Europa wir verfolgen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Sara Nanni (KV Düsseldorf); Chantal Kopf (KV Freiburg); Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr); Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha); Jan Philipp Albrecht (KV Kiel); Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Tim Achtermeyer (KV Bonn); Anton Hofreiter (KV München-Land); Radosawa Stomporowski (KV Bonn); Marcel Ernst (KV Göttingen); Timo Eismann (KV Recklinghausen); Christian Schubert (KV Rhein-Erft-Kreis); Ulrich Kindermann (KV Bonn); Peter Heilrath (KV München); Stephan Bischoff (KV Magdeburg); Viola von Cramon (KV Göttingen); Sebastian Pewny (KV Bochum); Dominic Hallau (KV Bielefeld); sowie 106 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## H-01-004 Haushaltsabschluss 2023 und Haushalt 2025

Antragsteller\*in: Nadine Mai (KV Pinneberg)

### Änderungsantrag zu H-01

In Zeile 4 einfügen:  
- Den Haushalt für 2025

Hiermit beantragen wir folgende Änderungen zum Bundeshaushalt 2025:

1. Aufstockung des Strukturfonds (Zeile 78) auf 1 Mio. Euro
2. 200.000 Euro für zusätzliche Personalressourcen in der Bundesgeschäftsstelle (Zeile 28) zur Wahlkampfunterstützung insbesondere strukturschwacher Landes- und kleiner Kreisverbände.

Die Mittel sollen aus der Rückstellung zu einer Rücklage Sonder-BDK (Zeile 102) sowie mit einer Reduzierung der Zuführung des Reinvermögens (Zeile 105) finanziert werden.

Darüber hinaus bitten wir den Bundesfinanzrat, über weitere solidarische Finanzierungsmöglichkeiten für Werbe- und Materialkosten für den Bundestagswahlkampf 2025 ins Gespräch zu kommen.

### Begründung

Wir beantragen diese Änderungen für die teilweise Umsetzung des Antrages VR-08 „Grüne Strukturen auf dem Land stärken“. Die Erhöhung des Strukturfonds soll ab Januar, d.h. rechtzeitig vor der Bundestagswahl, einen Ausgleich struktureller Nachteile der Regionen mit wenig Mitgliedern und wenig Mandatsträger\*innen ermöglichen. Die Mittel sollen explizit eingesetzt werden, um die Präsenz und Sichtbarkeit vor Ort zu erhöhen und insbesondere mehr Möglichkeiten zum Dialog mit Bürger\*innen zu schaffen. Dafür braucht es personelle Ressourcen in der Kreisverbänden, aber auch mehr Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen. Durch mehr Sichtbarkeit wird nachweislich auch die Zahl von Neumitgliedern, die sich engagieren und von Spenden.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf zeigt, dass der Änderungsantrag durch hohe Einnahmen in 2024 abbildbar ist. Anstatt eine Rücklage in das Reinvermögen möchten wir jetzt in unsere Strukturen (und damit in unsere Demokratie) investieren. Starke GRÜNE vor Ort sorgen dafür, dass wir uns zukunftsfähig aufstellen und mit vielen motivierten Freund\*innen nicht nur diesen, sondern auch alle kommenden Wahlkämpfe, erfolgreich führen können.

Dieser Ansatz entspricht auch unserem politischen Profil: Strukturen stärken, Investieren, Mut haben, Vorgehen.

Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

Nadine Mai (KV Pinneberg)

Jan Hamisch (KV Osterzgebirge)

Matthias Kaiser (KV Gotha)

## **weitere Antragsteller\*innen**

Matthias Kaiser (KV Gotha); Jan Hamisch (KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge); Martina Abel (KV Wesel); Johannes Domke (KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ingrid Bäuml (KV Cochem-Zell); Mechthild Rosker (KV Herzogtum Lauenburg); Friederike Zeiner (KV Leipzig); Albert Dietz (KV Ahrweiler); María Máñez (KV Harburg-Land); Hans-Peter Weiß (KV Wesel); Tobias Döring (KV Kiel); Beatrice Ermisch (KV Soest); Wolfgang Goltsche (KV Osterholz); Katrin Andresen (KV Schleswig-Flensburg); Susanne Hoffmann-Maier (KV Darmstadt-Dieburg); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Tariq Kandil (KV Berlin-Reinickendorf); sowie 77 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.



## TO-01-NEU/03 Vorschlag zur Tagesordnung - NEU

Antragsteller\*in: Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte)

### Änderungsantrag zu TO-01-NEU

1 Freitag, 15. November

2 Beginn 16.30 Uhr

3 TOP 1: Formalia

4 TOP 2: Aktuelle Lage

5 Samstag, 16. November

6 Beginn 09:30 Uhr

7 ~~TOP 3: Wahl-Rechnungsprüfungskommission~~

8 ~~TOP 4: Wahl-Bundesvorstand~~

9 ~~TOP 5: Wahl-Antragskommission~~

10 ~~TOP 6: Aufbruch ins Wahljahr – Nominierung~~

11 ~~TOP 7: Satzung, Statute und Ordnungen~~

12 ~~TOP 8: Haushalt~~

13 TOP 3: Verschiedenes

TOP 4: Wahl Rechnungsprüfungskommission

TOP 5: Wahl Bundesvorstand

TOP 6: Wahl Antragskommission

TOP 7: Aufbruch ins Wahljahr - Nominierung

Sonntag, 17. November

14 ~~09.00 –~~ 10.30 Uhr Workshops zum Bundestagswahlprogramm

TOP 7: Satzung, Statute und Ordnungen

TOP 8: Haushalt

Ende ca. 14:00 Uhr

15 ~~Beginn 11.00 Uhr~~

16 ~~TOP 9: Verschiedenes~~

17 ~~Ende ca. 14.00 Uhr~~

### Begründung

Streichung des Rests der TO nach dem ÄÄ.

Es ist essenziell, dass wir inhaltliche Debatten führen auf der BDK und das zu einem Zeitpunkt bei dem alle anwesend sind. Wir sehen einen immer größeren Demokratieabbau in der Gesellschaft. Deshalb muss es unser innerparteilicher Anspruch sein unsere Debattenkultur zu stärken. Verschiedenes am Sonntag zu terminieren schließt außerdem viele Mitglieder aus, die häufig früher abreisen müssen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Lilli Hampeter (KV Düsseldorf); Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Cim Kartal (KV Bielefeld); Merieme Benali-Jockers (KV Berlin-Reinickendorf); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Lukas Schirmer (KV Düsseldorf); Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); Frieda Niewald (KV Düsseldorf); Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); sowie 34 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## TO-01-NEU/04 Vorschlag zur Tagesordnung - NEU

Antragsteller\*in: Julia Burkhardt (KV Jena)

### Änderungsantrag zu TO-01-NEU

- 1 Freitag, 15. November
- 2 Beginn 16.30 Uhr
- 3 TOP 1: Formalia
- 4 TOP 2: Aktuelle Lage
- 5 TOP 3 NEU Satzung, Statute und Ordnungen
- 6 Samstag, 16. November
- 7 Beginn 09:30 Uhr
- 8 TOP 3: Wahl Rechnungsprüfungskommission
- 9 TOP 4: Wahl Bundesvorstand
- 10 TOP 5: Wahl Antragskommission
- 11 TOP 6: Aufbruch ins Wahljahr – Nominierung
- 12 TOP 7: Satzung, Statute und Ordnungen
- 13 TOP 8: Haushalt
- 14 Sonntag, 17. November
- 15 09.00 - 10.30 Uhr Workshops zum Bundestagswahlprogramm
- 16 Beginn 11.00 Uhr
- 17 TOP 9: Verschiedenes
- 18 Ende ca. 14.00 Uhr

### Begründung

Da es mehrere Satzungsänderungsanträge gibt, die sich auf die Wahl des Bundesvorstandes (z.B. Zusammensetzung des Bundesvorstandes, s. unten) auswirken, sollten diese vor der Wahl behandelt werden, um Klarheit für die Kandidierenden wie auch die Delegierten zu schaffen.

Dies vermeidet auch die Diskussion, wie mit einer Satzungsänderung direkt nach einer Wahl umgegangen werden müsste, sofern die Zusammensetzung des Bundesvorstandes dann gegen die Satzung verstieße.

Die Aussprache zur aktuellen Lage wird auch den Rücktritt des Bundesvorstandes und die Wahl eines neuen Vorstandes betreffen. Daher passt es inhaltlich, die Satzungsänderungen an diese Debatte anzuschließen. Dies ist auch bereits gelebte Praxis, wie zu den BDK 2022 (47. und 48.), 2020 (45.) oder

2019 (44.), in denen die Satzungen vor jeder Art von Wahl, insbesondere aber auch vor Wahlen des Bundesvorstandes, behandelt wurden.

-- Aus technischen Gründen ist es als Änderungsantrag nur möglich, einen TOP zu ändern. Der gesamte Antrag ist: Den TOP "Satzung, Statute und Ordnungen" ist auf TOP 3 vor die Wahl des Bundesvorstandes zu schieben, die folgenden Nummerierungen sind entsprechend anzupassen, der TOP 7 entfällt. --

Auswahl von bereits zugelassenen Satzungsanträgen, die sich auf die Wahl des Bundesvorstandes auswirken:

<https://antraege.gruene.de/50bdk/17-abs-5-bundesvorstand-amt-und-mandat-30350/18938>

<https://antraege.gruene.de/50bdk/17-abs-5-bundesvorstand-amt-und-mandat-30350/18935>

<https://antraege.gruene.de/50bdk/17-abs-5-bundesvorstand-amt-und-mandat-30350/18948>

## **weitere Antragsteller\*innen**

Philipp Schmagold (KV Plön); Jonathan Maximilian Raschke (KV Jena); Katharina Foreman (KV Münster); Mike Wördemann (KV Jena); Tobias Teickner (KV Jena); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Bettina Deutelmöser (BV Bundesverband); Finn Schwarz (KV Tübingen); Reimer Schölermann (KV Dithmarschen); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Martina Girkens (KV Dithmarschen); Sonja Völker (KV Münster); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Elias Leikeb (KV Bamberg-Stadt); Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); sowie 57 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## TO-01-NEU/05 Vorschlag zur Tagesordnung - NEU

Antragsteller\*in: Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

### Änderungsantrag zu TO-01-NEU

Nach Zeile 4 einfügen:

mit den beim Ranking priorisierten Anträgen zu „Ukraine“ und „Energiewende und Klimageld“, also V-68 plus V-82 und VR-02 plus V-38

Beginn 20.00 Uhr: TOP 3 Satzung, Statute und Ordnungen

Ende gegen 22.00 Uhr

Samstag, 16. November

Beginn 09:30 Uhr

TOP 3: Satzung, Statute und Ordnungen (Fortsetzung)

TOP 4: Dringlichkeitsanträge (falls welche eingereicht und zugelassen werden)

TOP 5: Wahl Rechnungsprüfungskommission

TOP 6: Wahl Bundesvorstand

TOP 7 : Wahl Antragskommission

TOP 8 : Aufbruch ins Wahljahr – Nominierung

TOP 9 : Haushalt

Ende offen

Sonntag, 17. November

Beginn 09.00 Uhr

TOP 10: Verschiedenes mit allen beim Ranking mit mindestens 1000 Stimmen priorisierten Anträgen, soweit nicht schon unter TOP 2 behandelt, also VR-01 bis VR-10 und V-39 und V-88

### Begründung

Für diese BDK hat der nun aus dem Amt scheidende Bundesvorstand keinen inhaltlichen Schwerpunkt setzen wollen und keinen eigenen Leitantrag gestellt. Seine bescheidene Zurückhaltung ehrt ihn. Aber sie lässt eine Lücke, die für das Ansehen unserer Partei gefährlich werden kann. Denn für die beiden Positionen, für die wir - neben dem Migrationsthema - am meisten angefeindet werden, unser Verteidigungsbeistand für die Ukraine und unser Einsatz für eine umfassende, schnelle Energiewende, fehlt bis jetzt der Platz. Auf den allerersten Rankingplätzen sammelt sich vor allem der geharnischte Protest gegen FDP-Blockaden und Rechtsaußen-Hetze - gut so, dies entspricht unserer Binnenperspektive. Jetzt aber sollten wir unser Blickfeld weit öffnen und unsere Wirkung auf die noch viel mehr Menschen bedenken, die bis jetzt nicht grünes Mitglied sind. Was für ein Bild könnten sie sich denn von uns machen, wenn wir stur dem „TO-01-NEU“-Schema folgen würden?

So, wie der BDK-Ablaufplan im Moment aussieht, könnte er bei Außenstehenden den Eindruck erwecken, als ob wir Grünen uns zuerst und vor allem mit uns selbst beschäftigen wollten, nämlich

Ämter vergeben, Amtsinhabende feiern, an Ämtervergabe-Regeln feilen und uns selbst mit vielen, aber folgenlosen Worten vor- und darstellen. Ungefähr dies würde hinterher von interessierter Seite gern behauptet und kolportiert werden. Es würde dann vermutlich gesagt werden, die grüne Parteitage regie wolle ja wohl um die Hauptprobleme einen Bogen machen, Grüne hätten ihren Mut verloren und schämten sich wegen dem "Heizungshammer" und der „Kriegstreiberei“ so sehr, dass sie auf offener Bühne gar nicht mehr darüber reden wollten.

Das soll nicht geschehen! Die BDK Wiesbaden soll stattdessen ein ganz anderes Signal aussenden, nämlich eine kampfbereite Botschaft: nein, wir Grünen werden uns nicht etwa still und verlegen in Politik-Nischen verkriechen, ganz im Gegenteil: wir bekennen uns offen und offensiv zu unserer wehrhaften Friedenspolitik und unser klimaschützenden Transformationsstrategie! Wir bekräftigen hierzu unsere guten, entschiedenen Beschlüsse und wir bauen sie aus.

Deshalb fordert dieser Änderungsantrag, dass wir deutlich mehr BDK-Zeit zur Debatte der wichtigsten Sachanträge freimachen und damit gleich am ersten Tag beginnen: beide Frontleute, die grüne Außenministerin und der grüne Wirtschaftsminister können dann zu diesen beiden Kernbereichen ihrer Arbeit sprechen und zwar so, dass dies direkte Konsequenzen für unsere Beschlusslage hat. Beide Antragsblöcke dazu werden zum Hauptinhalt der „Aktuellen Lage“-Besprechung. Die soll insgesamt straff geführt und um 20.00 Uhr abgeschlossen werden.

Danach soll mit den Anträgen zu Satzung, Statuten und Ordnungen begonnen werden, am besten mit denjenigen, deren Beschluss unmittelbar für die am Samstag und Sonntag anstehenden Wahlen und Debatten relevant wäre, also S-05, S-06, S-08, S-11, S-16, S-19, S-20, S-28 und S-31. Der Samstag reicht auch dann für Wahlen, Nominierung und Haushalt, wenn vorher erst die restlichen Satzungs-/Statuten-/Ordnungsanträge behandelt werden, dann Dringlichkeitsanträge (ggf., falls gestellt und zugelassen). Wahlen und Nominierung lassen sich auch mit auf das Wesentliche konzentrierten, knappen Reden durchführen, besonders wenn dem Änderungsantrag zu WO-BV-01 zugestimmt wird.

Der Sonntag soll ganz für Sachanträge zur Verfügung stehen. Alle Anträge und Antragsgruppen, die mit mindestens 1000 Stimmen einen Ranking-Platz errungen haben, können dann mit voller Aufmerksamkeit und Konzentration und ggf. auch mit genügend Zeit für strittig gebliebene Änderungsanträge vorgestellt und besprochen werden. - Das ermöglicht die Behandlung von immerhin 26 der insgesamt 105 eingereichten Sachanträge, und zwar denjenigen, die sich auf den ersten vierzehn Ranking-Plätzen versammelt haben.

Dafür kann der TOP "09.00 - 10.30 Uhr Workshops zum Bundestagswahlprogramm" problemlos entfallen. Tausende erfahrener Mitglieder haben bereits intensive Programmarbeit geleistet, auch für die Bundesebene, sie haben selbst an Anträgen formuliert, sie gestellt, diskutiert und unterstützt; neue Mitglieder finden also in den meisten Basisgruppen (Dienst-)Ältere, die ihnen gut erklären können, worauf es dabei ankommt. Ergänzend sind Online-Seminare jederzeit durchführbar.

Die BDK-Delegierten haben nicht nur formal das gute Recht, auch die Anträge mit den Ranking-Plätzen elf bis fünfzehn in die BDK-Tagesordnung aufzunehmen. Dies ist grade bei dieser BDK auch völlig naheliegend und legitim. Die hohe Zahl von Sachanträgen – 70 davon als Personenanträge – und die lebhaftige Beteiligung am Ranking zeigen deutlich, wie sehr die aktiven Grünen klärende Beschlussfassungen in vielen Politikfeldern wünschen und verlangen.

- Sollte sich während der BDK zusätzlicher, hier noch nicht eingeplanter Zeitbedarf ergeben, so können ja die Beispiele der BDK Karlsruhe und Leipzig helfen: die haben sich Sonntagssitzungen bis 15.00 bzw. 16.00 Uhr genehmigt (vgl. <https://antraege.gruene.de/49bdk/vorschlag-zur-tagesordnung-47349> , [https://antraege.gruene.de/43bdk/Vorschlag\\_zur\\_Tagesordnung-11834](https://antraege.gruene.de/43bdk/Vorschlag_zur_Tagesordnung-11834) ). -

## **weitere Antragsteller\*innen**

Eric Treczoks (KV Hamburg-Wandsbek); Rainer Deeken (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Thomas Reimeier (KV Lippe); Philipp Schmagold (KV Plön); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Karsten Lindloff (KV Berlin-Kreisfrei); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Elke Seidel (KV Potsdam-Mittelmark); Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf); Erich Minderlein (KV Ortenau); Peter Windsheimer (KV Berlin-Reinickendorf); Bettina Deutmoser (BV Bundesverband); Ruth Alpers (KV Harburg-Land); Gerhard Gebhard (KV Odenwald-Kraichgau); Lennart Jenssen (KV Bremen-Nordost); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Sabine Miksa (KV München); Diana Hein (KV Düsseldorf); sowie 32 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## TO-01-NEU-2/01 Vorschlag zur Tagesordnung - 2. Neufassung

Antragsteller\*in: Julia Burkhardt (KV Jena)

### Änderungsantrag zu TO-01-NEU-2

- 1 Freitag
- 2 Beginn 16.30 Uhr
- 3
  - TOP 1 Formalia
- 4
  - TOP 2 Aktuelle Lage
  - TOP 3 NEU Satzung, Statute und Ordnungen
- 5 Samstag
- 6 10.00- 11.30 Uhr Workshops zum Bundestagswahlprogramm
- 7 Beginn 11.30 Uhr
- 8
  - TOP 3 Haushalt
- 9
  - TOP 4 Wahl Bundesvorstand
- 10
  - TOP 5 Wahl Antragskommission
- 11
  - TOP 6 Satzung, Statute und Ordnungen
- 12
  - TOP 7 Verschiedenes
- 13 Sonntag
- 14 Beginn 09.30 Uhr
- 15
  - TOP 8 Wahl Rechnungsprüfungskommission
- 16
  - TOP 9 Aufbruch ins Wahljahr – die Aufstellung
- 17 Ende ca. 14.00 Uhr

### Begründung

Da es mehrere Satzungsänderungsanträge gibt, die sich auf die Wahl des Bundesvorstandes (z.B. Zusammensetzung des Bundesvorstandes, s. unten) auswirken, sollten diese vor der Wahl behandelt werden, um Klarheit für die Kandidierenden wie auch die Delegierten zu schaffen.

Dies vermeidet auch die Diskussion, wie mit einer Satzungsänderung direkt nach einer Wahl umgegangen werden müsste, sofern die Zusammensetzung des Bundesvorstandes dann gegen die Satzung verstieße.

Die Aussprache zur aktuellen Lage wird auch den Rücktritt des Bundesvorstandes und die Wahl eines neuen Vorstandes betreffen. Daher passt es inhaltlich, die Satzungsänderungen an diese Debatte



anzuschließen. Dies ist auch bereits gelebte Praxis, wie zu den BDK 2022 (47. und 48.), 2020 (45.) oder 2019 (44.), in denen die Satzungen vor jeder Art von Wahl, insbesondere aber auch vor Wahlen des Bundesvorstandes, behandelt wurden.

-- Aus technischen Gründen ist es als Änderungsantrag nur möglich, einen TOP zu ändern. Der gesamte Antrag ist: Den TOP "Satzung, Statute und Ordnungen" ist auf TOP 3 vor die Wahl des Bundesvorstandes zu schieben, die folgenden Nummerierungen sind entsprechend anzupassen, der TOP 7 entfällt.--

Auswahl von bereits zugelassenen Satzungsanträgen, die sich auf die Wahl des Bundesvorstandes auswirken:

<https://antraege.gruene.de/50bdk/17-abs-5-bundesvorstand-amt-und-mandat-30350/18938>

<https://antraege.gruene.de/50bdk/17-abs-5-bundesvorstand-amt-und-mandat-30350/18935>

<https://antraege.gruene.de/50bdk/17-abs-5-bundesvorstand-amt-und-mandat-30350/18948>

## **weitere Antragsteller\*innen**

Philipp Schmagold (KV Plön); Jonathan Maximilian Raschke (KV Jena); Katharina Foreman (KV Münster); Mike Wördemann (KV Jena); Tobias Teickner (KV Jena); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Bettina Deutelmöser (BV Bundesverband); Finn Schwarz (KV Tübingen); Reimer Schölermann (KV Dithmarschen); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Martina Girkens (KV Dithmarschen); Sonja Völker (KV Münster); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Elias Leikeb (KV Bamberg-Stadt); Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); sowie 57 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## TO-01-NEU-2/02 Vorschlag zur Tagesordnung - 2. Neufassung

Antragsteller\*in: Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

### Änderungsantrag zu TO-01-NEU-2

In Zeile 4 einfügen:

- TOP 2 Aktuelle Lage  
mit den beim Ranking priorisierten Anträgen zu „Ukraine“ und „Energiewende und Klimageld“, also V-68 plus V-82 und VR-02 plus V-38  
Beginn 20.00 Uhr: TOP 3 Satzung, Statute und Ordnungen  
Ende gegen 22.00 Uhr  
Samstag, 16. November  
Beginn 09:30 Uhr  
TOP 3: Satzung, Statute und Ordnungen (Fortsetzung)  
TOP 4: Dringlichkeitsanträge (falls welche eingereicht und zugelassen werden)  
TOP 5: Wahl Rechnungsprüfungskommission  
TOP 6: Wahl Bundesvorstand  
TOP 7 : Wahl Antragskommission  
TOP 8 : Aufbruch ins Wahljahr – Nominierung  
TOP 9 : Haushalt  
Ende offen  
Sonntag, 17. November  
Beginn 09.00 Uhr  
TOP 10: Verschiedenes mit allen beim Ranking mit mindestens 1000 Stimmen priorisierten Anträgen, soweit nicht schon unter TOP 2 behandelt, also VR-01 bis VR-10 und V-39 und V-88

### Begründung

Für diese BDK hat der nun aus dem Amt scheidende Bundesvorstand keinen inhaltlichen Schwerpunkt setzen wollen und keinen eigenen Leitantrag gestellt. Seine bescheidene Zurückhaltung ehrt ihn. Aber sie lässt eine Lücke, die für das Ansehen unserer Partei gefährlich werden kann. Denn für die beiden Positionen, für die wir - neben dem Migrationsthema - am meisten angefeindet werden, unser Verteidigungsbeistand für die Ukraine und unser Einsatz für eine umfassende, schnelle Energiewende, fehlt bis jetzt der Platz. Auf den allerersten Rankingplätzen sammelt sich vor allem der geharnischte Protest gegen FDP-Blockaden und Rechtsaußen-Hetze - gut so, dies entspricht unserer Binnenperspektive. Jetzt aber sollten wir unser Blickfeld weit öffnen und unsere Wirkung auf die noch viel mehr Menschen bedenken, die bis jetzt nicht grünes Mitglied sind. Was für ein Bild könnten sie sich denn von uns machen, wenn wir stur dem „TO-01-NEU“-Schema folgen würden?

So, wie der BDK-Ablaufplan im Moment aussieht, könnte er bei Außenstehenden den Eindruck erwecken, als ob wir Grünen uns zuerst und vor allem mit uns selbst beschäftigen wollten, nämlich Ämter vergeben, Amtsinhabende feiern, an Ämtervergabe-Regeln feilen und uns selbst mit vielen, aber folgenlosen Worten vor- und darstellen. Ungefähr dies würde hinterher von interessierter Seite gern behauptet und kolportiert werden. Es würde dann vermutlich gesagt werden, die grüne Parteitage-regie wolle ja wohl um die Hauptprobleme einen Bogen machen, Grüne hätten ihren Mut verloren und schämten sich wegen dem "Heizungshammer" und der „Kriegstreiberei“ so sehr, dass sie auf offener Bühne gar nicht mehr darüber reden wollten.

Das soll nicht geschehen! Die BDK Wiesbaden soll stattdessen ein ganz anderes Signal aussenden, nämlich eine kampfbereite Botschaft: nein, wir Grünen werden uns nicht etwa still und verlegen in Politik-Nischen verkriechen, ganz im Gegenteil: wir bekennen uns offen und offensiv zu unserer wehrhaften Friedenspolitik und unser klimaschützenden Transformationsstrategie! Wir bekräftigen hierzu unsere guten, entschiedenen Beschlüsse und wir bauen sie aus.

Deshalb fordert dieser Änderungsantrag, dass wir deutlich mehr BDK-Zeit zur Debatte der wichtigsten Sachanträge freimachen und damit gleich am ersten Tag beginnen: beide Frontleute, die grüne Außenministerin und der grüne Wirtschaftsminister können dann zu diesen beiden Kernbereichen ihrer Arbeit sprechen und zwar so, dass dies direkte Konsequenzen für unsere Beschlusslage hat. Beide Antragsblöcke dazu werden zum Hauptinhalt der „Aktuellen Lage“-Besprechung. Die soll insgesamt straff geführt und um 20.00 Uhr abgeschlossen werden.

Danach soll mit den Anträgen zu Satzung, Statuten und Ordnungen begonnen werden, am besten mit denjenigen, deren Beschluss unmittelbar für die am Samstag und Sonntag anstehenden Wahlen und Debatten relevant wäre, also S-05, S-06, S-08, S-11, S-16, S-19, S-20, S-28 und S-31. Der Samstag reicht auch dann für Wahlen, Nominierung und Haushalt, wenn vorher erst die restlichen Satzungs-/Statuten-/Ordnungsanträge behandelt werden, dann Dringlichkeitsanträge (ggf., falls gestellt und zugelassen). Wahlen und Nominierung lassen sich auch mit auf das Wesentliche konzentrierten, knappen Reden durchführen, besonders wenn dem Änderungsantrag zu WO-BV-01 zugestimmt wird.

Der Sonntag soll ganz für Sachanträge zur Verfügung stehen. Alle Anträge und Antragsgruppen, die mit mindestens 1000 Stimmen einen Ranking-Platz errungen haben, können dann mit voller Aufmerksamkeit und Konzentration und ggf. auch mit genügend Zeit für strittig gebliebene Änderungsanträge vorgestellt und besprochen werden. - Das ermöglicht die Behandlung von immerhin 26 der insgesamt 105 eingereichten Sachanträge, und zwar denjenigen, die sich auf den ersten vierzehn Ranking-Plätzen versammelt haben.

Dafür kann der TOP "09.00 - 10.30 Uhr Workshops zum Bundestagswahlprogramm" problemlos entfallen. Tausende erfahrener Mitglieder haben bereits intensive Programmarbeit geleistet, auch für die Bundesebene, sie haben selbst an Anträgen formuliert, sie gestellt, diskutiert und unterstützt; neue Mitglieder finden also in den meisten Basisgruppen (Dienst-)Ältere, die ihnen gut erklären können, worauf es dabei ankommt. Ergänzend sind Online-Seminare jederzeit durchführbar.

Die BDK-Delegierten haben nicht nur formal das gute Recht, auch die Anträge mit den Ranking-Plätzen elf bis fünfzehn in die BDK-Tagesordnung aufzunehmen. Dies ist grade bei dieser BDK auch völlig naheliegend und legitim. Die hohe Zahl von Sachanträgen – 70 davon als Personenanträge – und die lebhaftige Beteiligung am Ranking zeigen deutlich, wie sehr die aktiven Grünen klärende Beschlussfassungen in vielen Politikfeldern wünschen und verlangen.

- Sollte sich während der BDK zusätzlicher, hier noch nicht eingeplanter Zeitbedarf ergeben, so können ja die Beispiele der BDK Karlsruhe und Leipzig helfen: die haben sich Sonntagssitzungen bis 15.00 bzw. 16.00 Uhr genehmigt (vgl. <https://antraege.gruene.de/49bdk/vorschlag-zur-tagesordnung-47349> , [https://antraege.gruene.de/43bdk/Vorschlag\\_zur\\_Tagesordnung-11834](https://antraege.gruene.de/43bdk/Vorschlag_zur_Tagesordnung-11834) ).

## **weitere Antragsteller\*innen**

Eric Treczoks (KV Hamburg-Wandsbek); Rainer Deeken (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Thomas Reimeier (KV Lippe); Philipp Schmagold (KV Plön); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Karsten Lindloff (KV Berlin-Kreisfrei); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Elke Seidel (KV Potsdam-Mittelmark); Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf); Erich Minderlein (KV Ortenau); Peter Windsheimer (KV Berlin-Reinickendorf); Bettina Deutelmöser (BV Bundesverband); Ruth

Alpers (KV Harburg-Land); Gerhard Gebhard (KV Odenwald-Kraichgau); Lennart Jenssen (KV Bremen-Nordost); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Sabine Miksa (KV München); Diana Hein (KV Düsseldorf); sowie 32 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## TO-01-NEU-2/03 Vorschlag zur Tagesordnung - 2. Neufassung

Antragsteller\*in: Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte)

### Änderungsantrag zu TO-01-NEU-2

Von Zeile 8 bis 12:

- ~~TOP 3 Haushalt~~
- ~~TOP 4 Wahl Bundesvorstand~~
- TOP ~~5~~ 3: Verschiedenes

TOP 4: Wahl Rechnungsprüfungskommission

TOP 5: Wahl Bundesvorstand

TOP 6: Wahl Antragskommission

TOP 7: Aufbruch ins Wahljahr - Nominierung

- ~~TOP 6 Satzung, Statute und Ordnungen~~
- ~~TOP 7 Verschiedenes~~

Von Zeile 15 bis 16:

- ~~TOP 8 Wahl Rechnungsprüfungskommission~~
- ~~TOP 9 Aufbruch ins Wahljahr – die Aufstellung~~
- TOP 7: Satzung, Statute und Ordnungen
- TOP 8: Haushalt
- Ende ca. 14:00 Uhr

### weitere Antragsteller\*innen

Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Lilli Hampeter (KV Düsseldorf); Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Cim Kartal (KV Bielefeld); Merieme Benali-Jockers (KV Berlin-Reinickendorf); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Lukas Schirmer (KV Düsseldorf); Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); Frieda Niewald (KV Düsseldorf); Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); sowie 34 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## TO-01-NEU-3/01 Dringlichkeitsantrag: Vorschlag zur Tagesordnung - 3. Neufassung

Antragsteller\*in: Julia Burkhardt, KV Jena

### Änderungsantrag zu TO-01-NEU-3

In Zeile 5 einfügen:

- TOP 3 Dringlichkeitsanträge Teil 1  
[TOP 4 NEU Satzung, Statute, Ordnungen](#)

### Begründung

Da es mehrere Satzungsänderungsanträge gibt, die sich auf die Wahl des Bundesvorstandes (z.B. Zusammensetzung des Bundesvorstandes, s. unten) auswirken, sollten diese vor der Wahl behandelt werden, um Klarheit für die Kandidierenden wie auch die Delegierten zu schaffen.

Dies vermeidet auch die Diskussion, wie mit einer Satzungsänderung direkt nach einer Wahl umgegangen werden müsste, sofern die Zusammensetzung des Bundesvorstandes dann gegen die Satzung verstieße.

Die Aussprache zur aktuellen Lage wird auch den Rücktritt des Bundesvorstandes und die Wahl eines neuen Vorstandes betreffen. Daher passt es inhaltlich, die Satzungsänderungen an diese Debatte anzuschließen. Dies ist auch bereits gelebte Praxis, wie zu den BDK 2022 (47. und 48.), 2020 (45.) oder 2019 (44.), in denen die Satzungen vor jeder Art von Wahl, insbesondere aber auch vor Wahlen des Bundesvorstandes, behandelt wurden.

-- Aus technischen Gründen ist es als Änderungsantrag nur möglich, einen TOP zu ändern. Der gesamte Antrag ist: Den TOP "Satzung, Statute und Ordnungen" ist auf TOP 3 vor die Wahl des Bundesvorstandes zu schieben, die folgenden Nummerierungen sind entsprechend anzupassen, der TOP 7 entfällt. --

Auswahl von bereits zugelassenen Satzungsanträgen, die sich auf die Wahl des Bundesvorstandes auswirken:

<https://antraege.gruene.de/50bdk/17-abs-5-bundesvorstand-amt-und-mandat-30350/18938>

<https://antraege.gruene.de/50bdk/17-abs-5-bundesvorstand-amt-und-mandat-30350/18935>

<https://antraege.gruene.de/50bdk/17-abs-5-bundesvorstand-amt-und-mandat-30350/18948>

### weitere Antragsteller\*innen

Philipp Schmagold (KV Plön); Jonathan Maximilian Raschke (KV Jena); Katharina Foreman (KV Münster); Mike Wördemann (KV Jena); Tobias Teickner (KV Jena); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Bettina Deutelmöser (BV Bundesverband); Finn Schwarz (KV Tübingen); Reimer Schölermann (KV Dithmarschen); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Martina Girkens (KV Dithmarschen); Sonja Völker (KV Münster); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Elias Leikeb (KV Bamberg-Stadt); Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); sowie 57 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

TO-01-NEU/02-2 Vorschlag zur Tagesordnung - Debatte inhaltlicher Anträge wieder unter TOP 'Aufbruch für das Land'

Antragsteller\*in: Jürgen Blümer (KV Warendorf)

## Änderungsantrag zu TO-01-NEU/02

Nach Zeile 5 einfügen:

Folgende V-Anträge sind als drei Themengruppen zu diskutieren und zur Abstimmung zu bringen unter TOP 3:

Thema 1: Grenzkontrollen an deutschen Grenzen

V-50 Unser Europa der offenen Grenzen

V-104 Schengen retten: Schlagbäume in Europa in die Geschichtsbücher verbannen

Thema 2: Migrationsgesellschaft Deutschland

V-01 Wir gestalten die vielfältige Migrationsgesellschaft

V-64 Menschenrechte sind unverhandelbar: Asylrecht verteidigen

V-70 Die Würde des Menschen ist unantastbar – das gilt auch für die 5,5 Millionen Muslim\*innen in Deutschland

V-76 Ein Land, das einfach funktioniert, braucht Vielfalt, Offenheit und ein konsequentes Eintreten für Menschenrechte – für alle.

V-89 Humanität und Ordnung: Asylrecht erhalten – Einwanderung gestalten

V-103 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Thema 3: Soziale Gerechtigkeit in der Polykrise

V-09 Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für eine faire Finanzpolitik, die die Großen nicht laufen lässt

V-15 Für mehr Gerechtigkeit und Effizienz: Erbschaftsteuer reformieren

V-12 Einführung einer klimagerechten EU-Umsatzsteuer

V-18 Vermögenssteuer

V-22 Klimageld für Klimaschutz und Gerechtigkeit

V-31 Klimageld für alle

V-32 Klimageld Jetzt!

V-37 Verfassungskonforme Erbschaftssteuer

V-51 Unsere Heimat – sozial, gerecht, grün

V-60 Für eine progressive Finanzpolitik, weg mit der Schuldenbremsen-Ideologie!

V-102 Für ein Land, was funktioniert und bezahlbar ist!

## Begründung

Für die wichtigsten Themen, die insbesondere zu den Rücktritten der letzten Wochen geführt haben, benötigen wir eine klare Beschlusslage der Partei. Die Antragskommission wird beauftragt, diesen TOP3 entsprechend diesem Änderungsantrag vorzubereiten, um ein klares Votum der Partei für diese Politikfelder zu erreichen.

Nur eine klare Haltung der Partei auf der BDK50 ermöglicht es uns, rechtzeitig für die Wahlkämpfe in 2025 aus der Krise herauszukommen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Ilka Sander-Maas (KV Münster); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Eleonore Grabowski (KV Wesel); Martin Wolf (KV Miesbach); Heike Beatrix Maier (KV Neu-Ulm); Benedikt Wildenhain (KV Essen); Thomas Möller (KV Unna); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Bettina Deutmoser (BV Bundesverband); Sebastian Schoo (KV Osnabrück-Stadt); Ulrich Nicklaus (KV Steinfurt); Šima Maria Strele (KV Neu-Ulm); Sébastien Elbracht (KV Kurpfalz-Hardt); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Peter Umlauf (KV Münster); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Tom Ritter (KV Teltow-Fläming); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); sowie 39 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.



V-03-002 Klare Positionierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2024/1203 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt

Antragsteller\*in: OV Neuhausen-Nymphenburg

Beschlussdatum: 22.10.2024

## Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 1 bis 3 löschen:

Am 26. März 2024 beschloss der Rat der Europäischen Union das weltweit stärkste Umweltstrafrecht.  
~~Deutschland stimmte als einziges Land nicht dafür und unsere Parteien und Medien schweigen seitdem fast ausnahmslos.~~

## Begründung

Es ist nicht relevant, wie Deutschland abgestimmt hat und ob die Medien darüber berichtet haben. Denn ist es beschlossen auf EU-Ebene und bedarf der Umsetzung in nationales Recht.

**V-03-008** Klare Positionierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2024/1203 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt

Antragsteller\*in: OV Neuhausen-Nymphenburg

Beschlussdatum: 22.10.2024

## Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 7 bis 13:

Im Sinne eines, dem Ziel der Richtlinie dienenden verantwortungsvollen Vorgehens, ~~übernehmen die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der aktuellen Bundesregierung sowie der Bundestagsfraktion eine Vorreiterrolle für eine Stärkung des Schutzes von Natur und Umwelt. Daher ergreifen die genannten Personen, insbesondere die darunter befindlichen Fachexpert\*innen noch in dieser Legislaturperiode die Initiative und erarbeiten eine Position, das deutsche Umweltstrafrecht anzupassen und in nationales Recht umzusetzen.~~ und zur Stärkung unseres umweltpolitischen Profils haben die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der aktuellen Bundesregierung sowie der Bundestagsfraktion eine Vorreiterrolle für eine Stärkung des Schutzes von Natur und Umwelt. Aktuell liegt die Umsetzung beim BMUV (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz). Daher fordern wir den dort tätigen Parteimitgliedern Maßnahmen für eine beschleunigte Umsetzung in das nationale Umweltstrafrecht noch in dieser Legislaturperiode.

## Begründung

Einerseits bietet die Richtlinie die klare Chance, unsere Kompetenzwerte, insbesondere bei den Menschen, die in den Umweltverbänden und anderen NGOs tätig sind, wie auch bei unseren Stammwähler\*innen, im Bereich Umwelt zu festigen bzw. zu verbessern. Daneben gibt es nicht mehr darum, eine Position zu erarbeiten, sondern die europäischen Vorgaben in das deutsche Recht zu überführen.

**V-03-014** Klare Positionierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2024/1203 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt

Antragsteller\*in: OV Neuhausen-Nymphenburg

Beschlussdatum: 22.10.2024

## Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 14 bis 17:

~~Die erarbeitete Position wird in~~In Abstimmung mit den Koalitionspartner\*innen im Gesetzgebungsprozess ~~auf den Weg gebracht~~wird diese Vorlage dann bis Ende der parlamentarischen Periode noch vor der kommenden Bundestagswahl vom Bundestag beschlossen. So wird eine Minimalumsetzung in der neuen Legislaturperiode vermieden, die weiterhin die verantwortungslose Schädigung und Ausbeutung von Natur und Umwelt für rein profitorientierte Interessen ~~ermöglicht~~ermöglichen würde.

## Begründung

Es handelt sich nur um Präzisierungen im Sinne der Antragsintention. Es geht um die rasche Umsetzung - denn die Umwelt braucht maximalen Schutz so schnell wie möglich.

**V-05-140** Schwere gesundheitliche Probleme bei Legehennen und Masthühnern - Qualzuchten auch in der Landwirtschaft beenden

Antragsteller\*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 29.09.2024

## Änderungsantrag zu V-05

Von Zeile 139 bis 140 einfügen:

Gerichte und Veterinärämter vermehrt sicherstellen, dass dem Anspruch des Staatsziels Tierschutz im Grundgesetz genügt wird.[12]

Langfristiges Ziel der Hühnerzüchtung sind regional angepasste Zweinutzungsrasen mit mittlerer Lege- und Mastleistung. Kommen dazu noch verbesserte Haltungsbedingungen, die sich an den notwendig zu korrigierenden Regeln der Biovorgaben orientieren, insbesondere beim Auslauf, kann bald eine für Landwirte und Konsumenten akzeptable Hühnerhaltung entstehen, die die jeweils durch Einseitigkeitszucht entstehenden Probleme ausschließt.

## Begründung

Aus Sicht der Landwirtschaft ist es sinnvoll, ein Ziel für die Züchtung zu definieren. Nur bei Zuchtzielen, die nicht mehr einseitig sind, lassen sich die genannten Probleme abstellen. Darüber hinaus sollten auch die Haltungsbedingungen verbessert und zusammen mit der Züchtung betrachtet werden.

V-17-002 Vorbereitung und Initiierung eines Antrags für ein Parteiverbotsverfahren der AfD durch den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion.

Antragsteller\*in: Philipp Schmagold (KV Plön)

## Titel

Ändern in:

Unterstützung für den Gruppenantrag zum Parteiverbotsverfahren der AfD

## Änderungsantrag zu V-17

Von Zeile 2 bis 7:

Im Namen unserer Demokratie und zum Schutz der unveräußerlichen Rechte jeder und jedes Einzelnen ~~wird der Bundesvorstand und die~~ werden unser Bundesvorstand, unsere Bundestagsfraktion und unsere Vertreter\*innen in der Bundesregierung gebeten, den Gruppenantrag von Abgeordneten der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Linke und Bündnis 90/DIE GRÜNEN gebeten, ein ~~im Bundestag zum~~ Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2, 4 Grundgesetz, § 13 Nr. 2, 43 ff. BVerfGG gegen die Partei Alternative für Deutschland (AfD) ~~vorzubereiten zu unterstützen~~ und sich in der Bundesregierung und im Bundestag dafür einzusetzen, dass ein solches Verfahren eingeleitet wird.

## Begründung

Durch den Gruppenantrag zum AfD-Parteiverbotsverfahren ist dieses wahrscheinlicher geworden, aber er benötigt nun Unterstützung, um im Bundestag angenommen zu werden. Dazu dient diese Initiative.

## weitere Antragsteller\*innen

Arne Babenhauserheide (KV Karlsruhe-Land); Regina Hammerl (KV Regensburg-Land); Bastian Sternecker (KV Bonn); Eleonore Grabowski (KV Wesel); Christian Kahle-Hirschmüller (KV Elbe-Elster); Stephan Krause (KV Hamburg-Mitte); Philip Kaufmann (KV Hamburg-Mitte); Stefan Frakstein (KV Hamburg-Mitte); Stephanie Wittern (KV Hamburg-Mitte); Massieh Zare (KV Hamburg-Mitte); Benjamin Hoffmann (KV Hamburg-Mitte); Michael Labetzke (KV Bremerhaven); Michael Berg (KV Hamburg-Mitte); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Rafael Nicolai Prange (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Julia Domański (KV Hamburg-Mitte); Farid Abdullah Najem (KV Hamburg-Mitte); Simone Sprengel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Inessa Weinstein (KV Hamburg-Mitte); sowie 31 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-38-067 Energie für alle. Bezahlbar und sicher.

Antragsteller\*in: KV Hagen  
Beschlussdatum: 09.10.2024

### Änderungsantrag zu V-38

Von Zeile 66 bis 67 einfügen:

Das Gesamtsystem im Blick: dezentrale Erzeugung, flexible Nutzung, preiswerter Ausbau,  
ressourcenschonende Ausgestaltung

### Begründung

[siehe auch zusammenhängenden Änderungsantrag im Abschnitt Zeile 68-85 (Text zum Titel)]

Der Antrag der BAG Energie ist ein ausführlicher und sehr gut formulierter Anspruch an uns selbst für eine sichere und bezahlbare Energie-Infrastruktur von morgen: sie lädt zum Mitmachen ein und motiviert. Um unseren Anspruch als Grüne noch weiter gerecht zu werden, müssen wir die Nachhaltigkeit des von uns formulierten Infrastruktur-Aufbaus berücksichtigen. Darauf zielt dieser Änderungsantrag ab.

Der Aufbau einer Infrastruktur, in der erneuerbare Energien aufblühen können ist elementar. Wir haben aber auch unsere Lehren daraus ziehen können, dass die Implementierung nachhaltiger Technologien, wie erneuerbare Energien, nicht immer nachhaltig erfolgen muss. Beispiele kann man überall finden: von der Energienutzung für Elektrolyseure bei Strommangel bis hin zum Wasserkraftwerk mit negativen Auswirkungen für die Bevölkerung. Nachhaltigkeit ist immer eine Frage des „Wie“. Der Antrag der BAG Energie zeigt dies in einer Vielfalt von Punkten, indem er zeigt, wie wir Technologien und Netzkomponenten aufbauen und einsetzen können, um erfolgreich erneuerbare Energien in das Netz zu integrieren. Der Antrag zeigt allerdings nicht ausreichend auf, mit welchem Ansatz wir ressourcenschonend diese Technologien und Netzkomponenten aufbauen wollen.

Dieser Änderungsantrag hat genau dies im Sinn: diesen sehr guten und Unterstützens werten Antrag hinsichtlich einer Perspektive zum ressourcenschonenden (und damit auch kosteneffizienten und schnelleren) Aufbau der Energieinfrastruktur zu ergänzen.

V-38-073 Energie für alle. Bezahlbar und sicher.

Antragsteller\*in: KV Hagen

Beschlussdatum: 09.10.2024

## Änderungsantrag zu V-38

Von Zeile 72 bis 74 einfügen:

Technologien, Wettbewerb, die systematische Minimierung der Finanzierungskosten, die konsequente Nutzung regionaler Stärken, eine Minimierung der Ressourcennutzung sowie die Flexibilisierung von Verbrauch. Schlagkräftige, an einer 100%-Erneuerbaren Energieversorgung

Von Zeile 76 bis 78:

Zusammenspiel moderner Technologien. Speicher und die Sektorkopplung ergänzen und ersetzen zum Teil den Netzausbau. ~~Bestehende~~ Die nachhaltige, ressourcenschonende Ausgestaltung dieser Infrastruktur-Entwicklung incentivieren und vereinfachen wir: um beispielsweise die ausreichende Reparatur des Windkraftanlagen-Bestands und die Ausnutzung der Netzanbindung von stillgelegten Kraftwerksanlagen für Speicher zu ermöglichen und die Anwendung von 2nd-Life Speichern steigern. Auch bestehende Speicher wie Pumpspeicherkraftwerke und steuerbare Erneuerbaren-Kraftwerke wie nachhaltige

## Begründung

[siehe auch zusammenhängenden Änderungsantrag in Zeile 66-67 (Titel des Abschnitts)]

Der Antrag der BAG Energie ist ein ausführlicher und sehr gut formulierter Anspruch an uns selbst für eine sichere und bezahlbare Energie-Infrastruktur von morgen: sie lädt zum Mitmachen ein und motiviert. Um unseren Anspruch als Grüne noch weiter gerecht zu werden, müssen wir die Nachhaltigkeit des von uns formulierten Infrastruktur-Aufbaus berücksichtigen. Darauf zielt dieser Änderungsantrag ab.

Der Aufbau einer Infrastruktur, in der erneuerbare Energien aufblühen können ist elementar. Wir haben aber auch unsere Lehren daraus ziehen können, dass die Implementierung nachhaltiger Technologien, wie erneuerbare Energien, nicht immer nachhaltig erfolgen muss. Beispiele kann man überall finden: von der Energienutzung für Elektrolyseure bei Strommangel bis hin zum Wasserkraftwerk mit negativen Auswirkungen für die Bevölkerung. Nachhaltigkeit ist immer eine Frage des „Wie“. Der Antrag der BAG Energie zeigt dies in einer Vielfalt von Punkten, indem er zeigt, wie wir Technologien und Netzkomponenten aufbauen und einsetzen können, um erfolgreich erneuerbare Energien in das Netz zu integrieren. Der Antrag zeigt allerdings nicht ausreichend auf, mit welchem Ansatz wir ressourcenschonend diese Technologien und Netzkomponenten aufbauen wollen.

Dieser Änderungsantrag hat genau dies im Sinn: diesen sehr guten und Unterstützens werten Antrag hinsichtlich einer Perspektive zum ressourcenschonenden (und damit auch kosteneffizienten und schnelleren) Aufbau der Energieinfrastruktur zu ergänzen.

## V-50-047 Unser Europa der offenen Grenzen

Antragsteller\*in: Kreismitgliederversammlung des KV Havelland  
Beschlussdatum: 17.10.2024

### Änderungsantrag zu V-50

Von Zeile 46 bis 48 einfügen:

Durch eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und Nachrichtendiensten wollen wir unter Wahrung des Trennungsgebots eine starke europäische Antwort auf die grenzüberschreitenden Bedrohungen durch Kriminalität und Terrorismus geben. Wir

### Begründung

Das Trennungsgebot wurde nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt, um eine klare Trennung zwischen Nachrichtendiensten und Polizeibehörden zu gewährleisten. Ziel war es, die Konzentration von Macht in einer einzelnen Institution zu verhindern und somit Missbrauch vorzubeugen, wie er während der NS-Zeit durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo) stattfand. Die Gestapo vereinte damals polizeiliche und nachrichtendienstliche Funktionen und Befugnisse in einer Behörde, was zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen führte.

Polizeibehörden verfügen über tiefgreifende Exekutivbefugnisse (u.a. Durchsuchungen von Personen und Wohnungen, vorläufige Festnahmen, Zwangsmaßnahmen zur Gefahrenabwehr inkl. Schusswaffengebrauch), die es ihnen erlauben, unmittelbar und tiefgreifend in die Rechte der Bürger\*innen einzugreifen. Nachrichtendienste hingegen können bei Bedarf mit niedrigeren Schwellen und ohne das Wissen der Betroffenen in die Privatsphäre von Menschen eindringen und persönliche Informationen über diese zusammentragen.

In Zeiten eines europaweiten Aufstiegs von Rechtsextremist\*innen ist das Trennungsgebot für eine freie Gesellschaft relevanter denn je. Es sorgt dafür, dass Sicherheitsbehörden effektiv gegen jede Form von Extremismus vorgehen können, ohne dabei bürgerliche Freiheiten und Grundrechte zu gefährden. Durch die institutionelle Trennung von polizeilichen Eingriffsmöglichkeiten und nachrichtendienstlich erhobenen Informationen wird einem Missbrauch von Befugnissen vorgebeugt. Darüber hinaus werden Kontrollmechanismen gestärkt, die Transparenz fördern und die Demokratie schützen. Einem kontrollierten, sachdienlichen Informationsaustausch auf gesetzlicher Grundlage steht das Trennungsgebot dabei nicht im Weg.



V-51-010 Unsere Heimat – sozial, gerecht, grün

Antragsteller\*in: KV Warendorf

Beschlussdatum: 09.10.2024

Änderungsantrag zu V-51

Von Zeile 9 bis 10 einfügen:

Kommunen: Die Kassen sind angespannt, gleichzeitig ist der Investitionsbedarf hoch wie nie.

In dieser Situation ist es erforderlich, mit einem Bündel an Maßnahmen die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Daher setzen wir Grünen uns ein für:

- Investitionen in Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit,
- einen Infrastrukturstaat, der die allgemeinen Lebensgrundlagen für alle Menschen sicherstellt,
- eine Reform der Schuldenbremse,
- eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen,
- eine Finanzierung zukunftsorientierter Infrastrukturprojekte durch einen "Deutschland-Investitionsfonds".

V-51-071 Unsere Heimat – sozial, gerecht, grün

Antragsteller\*in: KV Warendorf

Beschlussdatum: 09.10.2024

## Änderungsantrag zu V-51

Von Zeile 71 bis 72 löschen:

~~Wir Grünen setzen daher auf einen Infrastrukturstaat, der die allgemeinen Lebensgrundlagen für alle Menschen sicherstellt.~~

V-51-074 Unsere Heimat – sozial, gerecht, grün

Antragsteller\*in: KV Warendorf

Beschlussdatum: 09.10.2024

## Änderungsantrag zu V-51

Von Zeile 73 bis 75:

Es wäre ein großer Fehler, diese Mehrausgaben dadurch zu finanzieren, die Axt an die soziale Infrastruktur anzulegen, wie es jetzt einige fordern. ~~[Leerzeichen]~~

Wir brauchen neben technischer Infrastruktur Straßen, Schiene und Kommunikation mindestens genauso die soziale Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser.

V-51-113 Unsere Heimat – sozial, gerecht, grün

Antragsteller\*in: KV Warendorf

Beschlussdatum: 09.10.2024

## Änderungsantrag zu V-51

Von Zeile 112 bis 116:

Superreiche schließen. Außerdem wollen wir die Einführung einer verfassungskonformen Vermögensteuer in den nächsten zwei Jahren umsetzen.

Wir fordern die Umsetzung von Artikel 106 (2) 1. GG, in dem steht: "(2) Das Aufkommen der folgenden Steuern steht den Ländern zu: 1. die Vermögenssteuer,..." Die Vermögenssteuer ist gesetzmäßig verankert, sie wird allerdings seit 1996 nicht erhoben, da sie durch die damalige Regierung ausgesetzt wurde. Dadurch sind dem Fiskus Schätzungen zufolge Steuereinnahmen mindestens im mittleren dreistelligen Milliardenbereich entgangen.

Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere Forderung nach Umsetzung des Ampel-Koalitionsvertrages mit der Einführung eines Klimageldes in dieser Legislaturperiode. Wir wollen den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer durch zwei zusätzliche Stufen erhöhen und gleichzeitig erhöhen wir den Grundfreibetrag, ~~der~~ um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten.

V-102-011 Für ein Land, was funktioniert und bezahlbar ist!

Antragsteller\*in: Christa Metzger (KV Hamburg-Wandsbek)

## Änderungsantrag zu V-102

Von Zeile 10 bis 12:

unserer Gesellschaft. Alleinerziehende, Frauen und junge Menschen sind von dieser Entwicklung besonders stark betroffen.

**SieAber auch ältere Menschen, denn Altersarmut ist ein wachsendes Problem. Wir** stehen mit dem Rücken zur Wand, auch weil der Staat seit Jahrzehnten auf Kosten seiner Substanz lebt. Es

## Begründung

Besonders Frauen, die Carearbeit für Kinder oder Angehörige übernommen haben oder die "dazuverdient" haben in Jobs mit geringem Einkommen, erleben heute Armut im Alter. Altersarmut ist ein wachsendes Problem und schon jetzt sparen sich viele die Kosten für Heizung und Miete vom Munde ab. Das darf nicht sein, wenn man sein Leben lang gearbeitet hat!

## weitere Antragsteller\*innen

Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Miriam Block (KV Hamburg-Harburg); Jim Martens (KV Hamburg-Eimsbüttel); Petra Gerstenberg (KV Hamburg-Wandsbek); Katja Rosenbohm (KV Hamburg-Wandsbek); Gerhard Delfs (KV Hamburg-Eimsbüttel); Johannes Odenwald (KV Hamburg-Wandsbek); Ursula Jäger (KV Hamburg-Eimsbüttel); Stephan Daudt (KV Hamburg-Wandsbek); Jan Becker (KV Hamburg-Wandsbek); Lisa Wagner (KV Hamburg-Wandsbek); Heike Dahlgaard (KV Hamburg-Mitte); Barbara Krause (KV Hamburg-Wandsbek); Ulrich Meyer zu Hörste (KV Hamburg-Wandsbek); Doris Rohde-Wurdack (KV Hamburg-Wandsbek); Steffen Bentmann (KV Hamburg-Wandsbek); Dörte Feiß (KV Hamburg-Nord); Mechthild Weber (KV Hamburg-Wandsbek); Harald Damskis (KV München); sowie 32 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-105-001 Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst

Antragsteller\*in: Niklas Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt)

### Titel

Ändern in:

Zukunftschancen für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen: Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst als Grundlage für ein Gesellschaftsjahr für alle!

### Änderungsantrag zu V-105

Von Zeile 1 bis 9:

~~Wir GRÜNE stehen für eine emanzipatorische Jugendpolitik, die jungen Menschen nicht nur Freiräume für ihre persönliche Entwicklung bietet, sondern auch die Rahmenbedingungen schafft, in denen sie Verantwortung übernehmen können. Die aktuellen Debatten um die Wiedereinführung der Wehrpflicht und den von der CDU vorgeschlagenen Pflichtdienst unter dem Namen „Deutschlandjahr“ widersprechen diesem Grundsatz. Ein verpflichtendes Dienstjahr, wie es von konservativen Kreisen gefordert wird, ist nicht nur ein Rückschritt, sondern steht in klarem Widerspruch zu unseren Werten: der Selbstbestimmung und Freiheit.~~

Wir GRÜNE stehen für eine emanzipatorische Jugendpolitik, die jungen Menschen nicht nur Freiräume für ihre persönliche Entwicklung bietet, sondern auch die Rahmenbedingungen schafft, in denen sie Verantwortung übernehmen können. Wir GRÜNE setzen uns für einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst ein. In einem zweiten Schritt werden wir diesen Rechtsanspruch zu einem Gesellschaftsjahr für alle Menschen ab 18 Jahren weiterentwickeln, das dem Grundsatz der Wahlpflicht folgt.

Erster Schritt: Für eine Stärkung der Freiwilligendienste braucht es den Rechtsanspruch:

Von Zeile 60 bis 61 einfügen:

Freiwilligendiensten für alle jungen Menschen zu sichern – durch die Einführung eines Rechtsanspruchs und den gezielten Ausbau der Einsatzstellen.

Freiwilligendienst weiterentwickeln zum Gesellschaftsjahr für alle:

Aufbauend auf dem Recht auf einen Freiwilligendienst werden wir GRÜNE diesen zu einem Gesellschaftsjahr für alle, das dem Grundsatz der Wahlpflicht folgt, weiterentwickeln. Ein Gesellschaftsjahr ermöglicht allen jungen Menschen nach Erreichen der Allgemeinen Hochschulreife, eines Ausbildungsabschlusses oder mit Vollendung des 18. Lebensjahres, zu wählen, ob sie in sozialen, kulturellen, technischen und ökologischen Einrichtungen, in den Behörden und Stellen des Zivil- und Katastrophenschutzes, bei der Feuerwehr, beim Sport, im Gesundheitsbereich, im Rettungsdienst oder der Bundeswehr zum Wohle der Gesellschaft tätig sein möchten. Auch ein Dienst im Ausland, beispielsweise in den Mitgliedsstaaten des Europarates, soll möglich sein. Zudem werden wir auch denjenigen, die sich im Laufe ihres Berufslebens oder im Ruhestand einbringen wollen, Angebote für freiwillige Dienste schaffen und sie in ihrem bisherigen wertvollen Engagement stärken. Sehr viele Menschen leisten heute schon großartige Arbeit im Ehrenamt, für die wir zutiefst dankbar sind: Wer heute schon ehrenamtlich engagiert ist, soll ebenfalls die Möglichkeit erhalten, ihrem Dienst an der Allgemeinheit auf eigenen Wunsch hin ein ganzes Jahr zu widmen. Die junge Generation ist schon heute durch zum Beispiel die Auswirkungen der Corona-Pandemie und

der Klimakrise belastet. Sie darf nicht als Lückenfüllerin für Personalprobleme im Pflegebereich, in sozialen Einrichtungen oder im Zivildienst erhalten. Das ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Deshalb braucht es ein Modell, das den heutigen politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Anforderungen entspricht. So muss zum Beispiel eine kontinuierliche Qualitätssicherung der angebotenen Einsatzorte, eine adäquate Unterbringung und eine auskömmliche Vergütung sichergestellt werden, um eine sinnstiftende Tätigkeit anbieten zu können.

Die nationalen, europäischen und internationalen Rechtsvorschriften zur Regelung einer verpflichtenden Arbeit sind zu Recht sehr streng. Deshalb bedürfte es für die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres einer Änderung des Grundgesetzes. Eine Lösung wäre es, Art. 12a des Grundgesetzes zu ändern und alle Geschlechter in die Pflicht mit aufzunehmen. Zudem werden wir darin nicht nur den Dienst in der Bundeswehr, sondern auch alle anderen oben genannten Einsatzorte miteinbeziehen. Dafür bedarf es einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat, für die wir GRÜNE werben werden.

Es ist unsere feste Überzeugung, dass unser gesellschaftlicher Zusammenhalt, unsere Freiheit und unsere Demokratie Errungenschaften sind, die es zu schützen gilt und in die wir investieren müssen. Ein Baustein, um dies zu erreichen, ist in unseren Augen die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Freiwilligendienst mit der Weiterentwicklung hin zu einem Gesellschaftsjahr für alle.

## Begründung

Unsere Gesellschaft ist polarisiert wie noch nie zuvor. Menschen leben heute zunehmend in ihren eigenen Echokammern. Desinformationskampagnen können bereits heute den Zusammenhalt unserer Gesellschaft erodieren. Auch die jüngsten Angriffe auf Politiker:innen und Wahlkampfhelfer:innen demokratischer Parteien zeigen, wie verroht die Debatte geworden ist – und wie aus Worten Gewalttaten werden können.

Mit der Entwicklung eines Gesellschaftsjahres schaffen wir neue Orte des Miteinanders unabhängig von Herkunft, Qualifikation, Alter, Religion, Weltanschauung oder sexueller Orientierung, die uns als Gesellschaft verloren gegangen sind. Wir brauchen diese Orte dringend für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie. Indem wir Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Fähigkeiten zusammenbringen, stärken wir die Vielfalt und die demokratischen Werte unserer Gesellschaft. Gemeinsam fragen wir uns: Wie wollen wir als Gesellschaft leben? Was bedeutet uns Zusammenhalt und Frieden in unserem eigenen Land? Was folgt daraus auch für unseren individuellen Beitrag dazu?

Der Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst ist ein notwendiger Schritt zur Stärkung des gesellschaftlichen Miteinanders. Aus realpolitischer Perspektive ist er der einfacher umzusetzende Schritt. Viele Jugendverbände und Träger der heutigen Freiwilligendienste erhoffen sich damit eine Steigerung der jährlich zu vergebenden Plätze von heute 100.000 auf 200.000. Angesichts von etwa 700.000 jungen Menschen in einem Jahrgang wird aber genau zu beobachten sein, inwieweit tatsächlich alle gesellschaftlichen Gruppen von diesem Rechtsanspruch Gebrauch machen werden und ob nicht vielmehr die Pflicht, ein Tätigkeitsfeld für ein Gesellschaftsjahr zu wählen, die alleinige Chance auf die Teilhabe aller Angehörigen eines Jahrgangs bietet. Deshalb wollen wir GRÜNE nicht beim Rechtsanspruch stehen bleiben, sondern diesen zum Gesellschaftsjahr für alle weiterentwickeln.

## weitere Antragsteller\*innen

Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen); Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf); Jona Gärtner (KV Aschaffenburg-Land); Marvin Heimrich (KV Aschaffenburg-Land); Claudia Gerweck (KV Aschaffenburg-Stadt); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land); Caja Bureck (KV Friesland); Yannick Sommer (KV Aschaffenburg-Stadt); Maria Krieger (KV Kelheim); Thomas Mütze (KV Aschaffenburg-Stadt); Margret Bürger-Hilger (KV Aschaffenburg-Stadt); Sophie Schäffer (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Philip Schlumbohm (KV Harburg-Land); Magnus Wirth (KV Haßberge); Jasmina Perske (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau); Stefan Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt); Dominik Eisert (KV Aschaffenburg-Stadt); sowie 39 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.



VR-02-004 Klimageld einführen (V-22, V-31 geeint)

Antragsteller\*in: Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND

Beschlussdatum: 25.10.2024

Änderungsantrag zu VR-02

Von Zeile 4 bis 8:

~~Der CO2-Preis muss von der Bevölkerung als klimapolitisches Instrument gelesen werden, um angenommen zu werden. Er darf nicht nur als weitere Belastung wahrgenommen werden. Von einem steigenden CO2-Preis sollte nicht in erster Linie der Staatshaushalt profitieren. Transparenz ist zentral.~~  
Die Abschwächung von Klimaschutzmaßnahmen ist keine Antwort auf steigende CO2-Preise. Wir bekennen uns zu diesem hochwirksamen Instrument. Jedoch sollten vor allem die Reichsten, also die Menschen, die am stärksten für die Klimakrise verantwortlich sind, in die Verantwortung genommen werden. Mit dem Klimageld sorgen wir dafür, dass die Reichsten am meisten für die Transformation bezahlen. Die direkte Auszahlung eines Großteils der Einnahmen der CO2-Bepreisung von Gebäudewärme und Transport

VR-02-011 Klimageld einführen (V-22, V-31 geeint)

Antragsteller\*in: Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND

Beschlussdatum: 25.10.2024

Änderungsantrag zu VR-02

Von Zeile 11 bis 13:

~~Eine Besteuerung und damit eine einfache soziale Differenzierung der Zahlungen des pro-Kopf Klimageldes sowie weitere soziale Kriterien sind denkbar, sollten jedoch die Einführung des Klimagelds noch im Jahr 2025 nicht verzögern.~~

Die Energiepreispauschale 2021 zeigt: Eine soziale Staffelung durch einkommensabhängige Besteuerung des Klimageldes ist sofort möglich. Dadurch erhalten Menschen mit niedrigem Einkommen das Klimageld in voller Höhe. Mittlere Einkommen werden stärker entlastet als hohe Einkommen und Spitzenverdiener erhalten kein Klimageld.

## VR-02-013 Klimageld einführen (V-22, V-31 geeint)

Antragsteller\*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

### Änderungsantrag zu VR-02

Von Zeile 12 bis 13 einfügen:

des pro-Kopf Klimageldes sowie weitere soziale Kriterien sind denkbar, sollten jedoch die Einführung des Klimagelds noch im Jahr 2025 nicht verzögern.

Die 30 Prozent einkommensstärksten Bürger:innen bekommen kein Klimageld. Diese Mittel werden für Härtefälle insbesondere der Menschen ohne berufliches Einkommen und der unteren Einkommensgruppen mit wenig Geld verwendet, denn sie können häufig an ihrem Energiebedarf nichts oder kaum etwas ändern, etwa weil sie sich neue energieeffiziente Elektrogeräte nicht leisten können. So werden genügend Mittel frei für gezielte Fördermaßnahmen von Härtefällen. Den 30 Prozent Reichen wird das Klimageld bei der Einkommensteuererklärung wieder abgezogen.

### Begründung

Wir dürfen keine Regierungspolitik mehr machen, ohne die sozialen Effekte und Umverteilungseffekte zu berücksichtigen. Beide Aspekte müssen immer bei jeder Maßnahme mitgedacht werden. Deshalb dürfen Reiche kein Klimageld bekommen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft fordert, wenn der Staat einen finanziellen Ausgleich für steigende Energiekosten zahlt, dann sollte er sich auf unsere Einkommensgruppen konzentrieren.<sup>[1]</sup> Das Gießkannenprinzip ist hier nicht angebracht. Bei Menschen mit niedrigen Einkommen wirken sich steigende Energiekosten in Form einer hohen Belastung aus. Die einkommensstärksten 30 Prozent der Bürger:innen sollten es nicht bekommen. So können genug Mittel für diejenigen zur Verfügung gestellt werden, bei denen steigende Energiekosten zu besonderen Härten führen und bei denen ein Klimageld die Mehrbelastung nicht ausgleicht.

Zum Hintergrund: Das zentrale Instrument der Klimapolitik ist der CO<sub>2</sub>-Preis. Er liegt zurzeit bei 45 Euro pro ausgestoßener Tonne Kohlendioxid. Die Bundesregierung hat beschlossen, den Preis von 2025 auf 55 Euro anzuheben. 2026 soll er bei 65 Euro liegen. Dadurch werden die Kosten für fossile Energien steigen, was ja von uns als Grüne beabsichtigt ist, Wärme und spritschluckende Autos werden teurer. Ab 2027 soll der CO<sub>2</sub>-Preis auf europäischer Ebene festgelegt werden. Expert:innen erwarten dann einen sprunghaften Anstieg, der bei bis zu 200 Euro liegen könnte. „Ohne Entlastungen für die Bürger führt der steigende CO<sub>2</sub>-Preis zu einer ungleichen Einkommensverteilung“, warnt der Ökonom Stef Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).<sup>[2]</sup> Ärmere geben einen höheren Anteil ihres Einkommens für Energie und Mobilität aus.

Es soll unbürokratisch gezahlt werden. So würde es auch diejenigen erreichen, die Sozialleistungen nicht beantragen, obwohl sie Anspruch darauf haben“, sagt Stefan Bach vom DIW. Das sind etwa die sog. „working poor“ – jene, die trotz Arbeit arm sind oder arme Rentner:innen, die die Grundsicherung im Alter nicht in Anspruch nehmen. Finanziert werden soll unser Klimageld durch die Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis. Im Koalitionsvertrag ist das Klimageld vereinbart, es wird jedoch dafür kein Geld zur Verfügung gestellt. Die Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis fließen in den Klima- und Transformationsfonds und sind für diverse andere Projekte vorgesehen. Bundesfinanzminister Christian Lindner/FDP behauptet, das Klimageld könne wegen des fehlenden „Auszahlungsmechanismus“ nicht ausgezahlt werden. Bis 2025 will er einen Auszahlungsmechanismus finden.

Unser Klimageld sieht einen Betrag in gleicher Höhe vor. Weil Gutverdienende aufgrund ihres höheren Konsums mehr fossile Energie verbrauchen, bleibt bei denen mit wenig Geld mehr über, sie die Idee. Aber: Der CO<sub>2</sub>-Preis trifft Arme und Reiche nicht gleich. „Haushalte mit gutem und sehr hohem Verdienst sind in Relation zu ihrem Einkommen weniger stark von der CO<sub>2</sub>-Bepreisung betroffen“, sagt Bach vom DIW. „Wer viel Geld hat, lässt sein Haus energetisch sanieren oder kauft ein Elektroauto, was ja auch noch üppig vom Staat gefördert wird.“ Wer in einer unsanierten Mietwohnung lebt, kann kaum etwas dagegen unternehmen. Die meisten Besser- und Hochverdiener brauchen deshalb kein Klimageld. Gleichzeitig reicht es für manche Arme nicht, wenn sie einen hohen Energieverbrauch haben.<sup>[3]</sup>

Laut der DIW-Studie würden die privaten Haushalte bei einem CO<sub>2</sub>-Preis von 65 Euro mit 12,2 Mrd. Euro belastet. Ohne einen finanziellen Ausgleich würde mehr als die Hälfte der Haushalte 0,5 Prozent ihres Nettoeinkommens für den CO<sub>2</sub>-Preis ausgeben. Schüttet der Staat die Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis – abzüglich der Mehrwertsteuer – aus, bekäme jede:r einen Betrag von 124,09 Euro. Haushalte im untersten Zehntel würden so um 0,6 Prozent des Nettoeinkommens entlastet. Bei den mittleren Einkommen würden sich Be- und Entlastung ausgleichen. Die reichsten 30 Prozent würden 0,2 Prozent entlastet.

In den einkommensschwächsten Gruppen gibt es allerdings zahlreiche Härtefälle, die trotz Klimageld stark belastet würden. Gerade Bürger:innen mit wenig Geld können häufig an ihrem Energiebedarf nicht ändern, etwa weil sie sich neue energieeffiziente Elektrogeräte nicht leisten können. Würden nur Bürger:innen mit niedrigen und mittleren Einkommen das Klimageld bekommen, würden genug Mittel für gezielte Fördermaßnahmen für Härtefälle frei. Weil eine Einkommensprüfung bei der Auszahlung zu aufwendig ist, schlagen die DIW-Ökonom:innen vor, dass der Staat sich den Betrag bei den Wohlhabenden über die Einkommensteuer zurückholt.

[1] [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.874267.de/co2-bepreisung\\_klimageld\\_wuerde\\_insbesondere\\_einkommensschwachen\\_haushalten\\_helfen.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.874267.de/co2-bepreisung_klimageld_wuerde_insbesondere_einkommensschwachen_haushalten_helfen.html)

[2] [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.917906.de/klimapraemie\\_auf\\_untere\\_einkommensgruppen\\_fokussieren\\_bei\\_hoeheren\\_einkommen\\_abschmelzen.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.917906.de/klimapraemie_auf_untere_einkommensgruppen_fokussieren_bei_hoeheren_einkommen_abschmelzen.html)

[3] [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.917906.de/klimapraemie\\_auf\\_untere\\_einkommensgruppen\\_fokussieren\\_bei\\_hoeheren\\_einkommen\\_abschmelzen.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.917906.de/klimapraemie_auf_untere_einkommensgruppen_fokussieren_bei_hoeheren_einkommen_abschmelzen.html)

## **weitere Antragsteller\*innen**

Arne Winkelmann (KV Wittmund); Matthias Striebich (KV Forchheim); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Irmgard Pehle (KV Herford); Marco Petrikat (KV Köln); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Krystyna Grendus (KV Vorpommern-Greifswald); Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf); Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Bettina Deutelmöser (BV Bundesverband); Kay Paulick (KV Rosenheim); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Kerstin Wilde (KV Leipzig); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); sowie 30 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

VR-02-013-2 Klimageld einführen (V-22, V-31 geeint)

Antragsteller\*in: Lisa Badum (KV Forchheim)

## Änderungsantrag zu VR-02

Nach Zeile 13 einfügen:

Bislang hat jedoch das Bundesfinanzministerium weder den Auszahlungsmechanismus in der gebotenen Eile fertig gestellt noch den finanzpolitischen Pragmatismus an den Tag gelegt, um den finanziellen Spielraum für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen und Klimaschutzmaßnahmen zu erweitern, damit ein Teil der Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung auch an Menschen mit unteren und mittleren Einkommen direkt und unbürokratisch zurückgezahlt werden kann.

## weitere Antragsteller\*innen

Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Patrick Haermeyer (KV Oberhavel); Felix John (KV Berlin-Mitte); Esther Frey (KV Coburg-Land); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Sandra Smolka (KV Freising); Katharina Meixner (KV Frankfurt); Johannes Lauterwald (KV Frankfurt); Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt); Kornelia Haslbeck (KV Pfaffenhofen); Alexander Rodatos (KV Bamberg-Stadt); Inge Pütz-Nobis (KV Forchheim); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries); Leonie Philine Pfadenhauer (KV Bamberg-Stadt); Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Andrea Schulte-Krauss (KV Starnberg); Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land); Helga Keller-Zenth (KV München-Land); sowie 57 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

VR-02-016-2 Klimageld einführen (V-22, V-31 geeint)

Antragsteller\*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

## Änderungsantrag zu VR-02

Von Zeile 15 bis 16 einfügen:

Schritten für Auszahlung, digitales Serviceportal und Beratung gesetzlich beschließen. Wir als Bündnis 90/Die Grünen haben es in der Hand, die Lebensrealität breiter Bevölkerungsschichten zu verbessern – insbesondere der Menschen ohne berufliches Einkommen und der unteren Einkommensgruppen. Deshalb fordern wir die Auszahlung des im Koalitionsvertrag der Ampel vereinbarten Klimageldes zum 1.1. 2025.

## Begründung

Eine Koalitionsvereinbarung ist ein Vertrag zwischen den Parteien. Wie beim Kaufvertrag müssen Vereinbarungen eingehalten werden, sonst hat dies kaufvertragsrechtliche Konsequenzen. Finanzminister Christian Lindner will das Klimageld erst 2025 nach den nächsten Wahlen auszahlen – also auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben. Dies dürfen wir ihm nicht durchgehen lassen. Vertrag ist Vertrag und der Koalitionsvertrag muss eingehalten werden. Beim offensichtlichen Vertragsbruch müsste die FDP die Konsequenzen ziehen. Auch die Behauptung noch einen „Auszahlungsmechanismus“ finden zu müssen ist fadenscheinig. Seine scheinheilige Behauptung, es „fehlen bislang die technischen Voraussetzungen, um das Klimageld an alle Bürger auszuzahlen“, ist es ebenso. Er hatte bereits mehrere Jahre Zeit, diesen in seinem Ministerium zu erarbeiten. Es gibt nur zwei mögliche Ursachen, entweder sitzt im Finanzministerium ein unfähiger Minister, der entlassen werden muss oder es ist Absicht von ihm, grüne Projekte im Koalitionsvertrag nicht zu realisieren. Dies wäre ein glatter Vertragsbruch des Koalitionsvertrages.

Alle wollten es, das Klimageld. Im SPD-Wahlprogramm hieß es "Pro-Kopf-Bonus", die Grünen sprachen von "Klima-/Energiegeld", die FDP von "Klimadividende". Gemeint war immer dasselbe: Die Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis, den alle Bürger auf fossile Brennstoffe bezahlen, sollten zurück an die Bürger fließen. Geringverdiener, die besonders unter gestiegenen Benzin- und Stromkosten leiden, sollte es finanziell unterstützen – und alle anderen sollten spüren: Seht her, der Staat verlangt euch zwar einiges ab, er stellt die Wirtschaft von Fuß auf Kopf, aber er anerkennt auch, dass ihr mitmacht, und dafür werdet ihr entlohnt. Ein wohlwollendes Zeichen. Die Mittel aus der Kohlendioxid-Abgabe hat Finanzminister Lindner längst anderweitig verplant. Er benötigt es dringend, um die Schuldenbremse einzuhalten. Mit den Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis hat der Finanzminister mittlerweile einen gigantischen Schattenhaushalt von 90 Mrd. Euro aufgebaut. Die Bürger:innen sollen leer ausgehen, obwohl sie die Kosten der Energiewende deutlich zu spüren bekommen. Gerade in Zeiten, da die gestiegenen Kosten in allen Lebensbereichen den Populisten die Menschen in die Arme treiben, sollte die Ampel auch den sozialen Ausgleich angehen. Da ist es doch klar, wenn die Bürger:innen sagen: Wo bleibt mein Klimageld? was ihnen versprochen wurde. Die soziale Schieflage der Ampelpolitik wird beim Klimageld überdeutlich. Die Einnahmen müssen endlich für ihre eigentliche Bestimmung genutzt werden, dem Klimageld für die Bürger:innen.

**weitere Antragsteller\*innen**

Arne Winkelmann (KV Wittmund); Philipp Schmagold (KV Plön); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Peter Meiwald (KV Ammerland); Tabitha Elkins (LV Bayern); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Bettina Deutmoser (BV Bundesverband); Gregor Kaiser (KV Olpe); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Marco Petrikat (KV Köln); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Krystyna Grendus (KV Vorpommern-Greifswald); Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf); Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Andreas Müller (KV Essen); sowie 31 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## VR-02/01-NEU Klimageld einführen (V-22, V-31 geeint)

Antragsteller\*in: Wolf-Christian Bleek, KV Starnberg, u.a. / Klemens Griesehop, KV Berlin-Pankow, u.a.

### Titel

Ändern in:  
Klimageld jetzt!

### Änderungsantrag zu VR-02

Das Klimageld ist ein wichtiges Element, um mehr soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik sicher zu stellen und die Bevölkerung bei den durch Klimaschutzmaßnahmen steigenden Kosten zu entlasten. Es ist schon lange beschlossen und muss nun endlich umgesetzt werden.

Bündnis 90/Die Grünen fordert die aktuelle Bundesregierung, als auch jede nachfolgende Regierung, dazu auf, das Klimageld unter Verwendung der Einnahmen aus dem Emissionshandel schnellstmöglich umzusetzen und noch 2025 mit den ersten Zahlungen zu beginnen. (1),(2). Wir setzen dabei darauf, dass CDU und FDP ihren Ankündigungen das Klimageld zu unterstützen, nun Taten folgen lassen.

Das Klimageld soll dabei wie folgt aussehen:

„Aus den Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung finanzieren wir jährlich ein Energiegeld, das alle Einwohner\*innen am Jahresanfang erhalten. Es steigt mit dem CO<sub>2</sub>-Preis an. Da Menschen mit niedrigem Einkommen in der Regel weniger CO<sub>2</sub> produzieren, profitieren sie überdurchschnittlich davon. Die über die Absenkung der Stromsteuer hinausgehenden Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung schütten wir vollumfänglich aus. Dieses Energiegeld erhält jede\*r in derselben Höhe und es wird nicht auf Transferleistungen angerechnet.“ (Beschluss BDK Bielefeld 2019)

So werden eine gerechte und sozial ausgewogene Klimapolitik möglich, einkommensschwache Haushalte entlastet und gleichzeitig die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen in der breiten Bevölkerung erhöht.

### Begründung

#### 1. Soziale Gerechtigkeit

Klimaschutzmaßnahmen wie die CO<sub>2</sub>-Bepreisung erhöhen die Kosten für Heizen, Mobilität und Strom. Das Klimageld sorgt dafür, dass insbesondere Bürger\*innen mit niedrigem und mittlerem Einkommen entlastet werden, da diese Gruppen prozentual mehr von ihrem Einkommen für Energie aufwenden.

#### 2. Erhöhung der Akzeptanz für die Energiewendepolitik

Durch das Klimageld wird die Klimapolitik gerechter gestaltet. Die Akzeptanz der Bürger\*innen für umweltpolitische Maßnahmen wird erhöht. Besonders in ländlichen Gebieten oder in Haushalten mit geringerem Einkommen wird die Unterstützung für die Politik der Energiewende wachsen.

#### 3. Vermeidung von sozialem Unfrieden



Ohne eine soziale Komponente wie das Klimageld könnten Klimaschutzmaßnahmen als "Eliteprojekte" wahrgenommen werden. Das führt zu Spannungen in der Gesellschaft, die von Rechtspopulisten ausgenutzt werden. Das Klimageld wirkt dem entgegen.

#### 4. Verfassungsrechtliche Aspekte

Das Klimageld lässt sich auch verfassungsrechtlich begründen; es schafft einen Lastenausgleich für die ungleich verteilte Belastung durch die CO<sub>2</sub>-Abgabe. Personen, die nicht über große finanzielle Mittel verfügen, werden so an den positiven Folgen des Klimaschutzes beteiligt, ohne gleichzeitig überproportional Kosten tragen zu müssen.

#### 5. Langfristige Entlastung von Bundes- und Länderhaushalten

Wenn der Klimawandel wirksam mit hoher gesellschaftlicher Akzeptanz bekämpft wird, werden die Kosten für zukünftige klimabedingte Schäden, z. B. durch Hochwasser und Dürren, sinken. Das Klimageld trägt damit indirekt zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen bei.

1. Koalitionsvertrag der Ampelregierung, S. 49: [Zitat] Um einen künftigen Preisanstieg zu kompensieren und die Akzeptanz des Marktsystems zu gewährleisten, werden wir einen sozialen Kompensationsmechanismus über die Abschaffung der EEG-Umlage hinaus entwickeln (Klimageld).
2. BDK Bielefeld 2019 - Beschluss: Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land, Zeile 1325ff - <https://cms.gruene.de/uploads/assets/Wirtschaft-Handeln-und-zwar-jetzt-Beschluss-BDK-11-2019.pdf>

### weitere Antragsteller\*innen

Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); Jakob Bleek (KV Potsdam-Mittelmark); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Simon Bleek (KV Potsdam-Mittelmark); Bettina Deutmoser (KV Stade); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Philipp Schmagold (KV Plön); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Christopher Stark (KV München); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Peter Meiwald (KV Ammerland); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Raymund Messmer (KV München-Land); Matthias Henneberger (KV Wunsiedel); Matthias Striebich (KV Forchheim); sowie 93 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## VR-02/02 Klimageld einführen (V-22, V-31 geeint)

Antragsteller\*in: Michael Kellner (KV Uckermark)

### Änderungsantrag zu VR-02

Von Zeile 1 bis 19:

~~Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird auch mittelfristig gerade im Hinblick auf nur zögerliche regulatorische Klimapolitik eine wichtige Rolle spielen, den Ausstieg aus der Nutzung von Benzin, Öl und Gas anzutreiben.~~

~~Der CO<sub>2</sub>-Preis muss von der Bevölkerung als klimapolitisches Instrument gelesen werden, um angenommen zu werden. Er darf nicht nur als weitere Belastung wahrgenommen werden. Von einem steigenden CO<sub>2</sub>-Preis sollte nicht in erster Linie der Staatshaushalt profitieren. Transparenz ist zentral. Die direkte Auszahlung eines Großteils der Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung von Gebäudewärme und Transport (nEHS bzw. ETS2) schafft Vertrauen. Und sie kann die materielle Belastung der CO<sub>2</sub>-Preise gerade für untere Einkommen mehr als ausgleichen.~~

~~Eine Besteuerung und damit eine einfache soziale Differenzierung der Zahlungen des pro-Kopf Klimageldes sowie weitere soziale Kriterien sind denkbar, sollten jedoch die Einführung des Klimagelds noch im Jahr 2025 nicht verzögern.~~

~~Noch in dieser Legislatur wollen wir ein Umsetzungskonzept mit konkreten Schritten für Auszahlung, digitales Serviceportal und Beratung gesetzlich beschließen.~~

~~Die Rückzahlung von CO<sub>2</sub>-Preisen als sichtbares und gut kommuniziertes Klimageld macht sozialen Klimaschutz erfahrbar – in der Hosentasche oder schwarz-auf-weiss auf dem Kontoauszug.~~

Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung spielt für den Ausstieg aus der Nutzung von Benzin, Öl und Gas eine wichtige Rolle. Mit dem ETS2 in ganz Europa wird die Bedeutung des CO<sub>2</sub> Preises noch zunehmen. Der Preis trifft Menschen sehr unterschiedlich. Wohlhabende können sich dem Preis entziehen, in dem sie sich eine Wärmepumpe anschaffen und ein Elektroauto kaufen. Anderen fehlt das Geld für CO<sub>2</sub>-freie Heizungen und emissionsfreie Autos.

Daher ist es richtig und wichtig, wie bei der Wärmepumpe Familien mit kleinen Einkommen stärker zu fördern. Daher wäre es gut, wenn es ein soziales Leasing von E-Autos gäbe, wie in Frankreich. Ein Klimageld kann zusätzlich ein Beitrag zu mehr Akzeptanz leisten, sollte aber zwingend sozial gestaffelt sein, in Österreich ist das Klimageld sogar für Stadt und Land unterschiedlich hoch. Wir nehmen uns vor, bis zum Wahlprogramm eine sozial kluge Ausgestaltung des Klimageldes vorzulegen, wie sie das Europarecht verlangt.

### Begründung

mündlich

### weitere Antragsteller\*innen

Erhard Grundl (KV Straubing-Bogen); Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen); Sven Lehmann (KV Köln); Sandra Detzer (KV Ludwigsburg); Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr); Stephan Bischoff (KV Magdeburg);

Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis); Stefan Wenzel (KV Cuxhaven); Heike Wähner (KV Barnim); Bruno Hönel (KV Lübeck); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Barbara Brecht-Hadraschek (KV Barnim); Andrea Lutz (KV Duisburg); Paul Schleinert (KV Uckermark); Martin Züchner (KV München); Thomas Poreski (KV Reutlingen); Dorothea Martin (KV Barnim); Sebastian Pewny (KV Bochum); Manuela Lenz (KV Uckermark); sowie 107 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

VR-02/03 NEU Klimageld einführen (V-22, V-31 geeint)

Antragsteller\*in: Jan-Niclas Gesenhues / BAG Wirtschaft und Finanzen & BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit, KV Schwerin

Beschlussdatum: 18.10.2024

Titel

Ändern in:  
Klimageld einführen

Änderungsantrag zu VR-02

Von Zeile 1 bis 19:

~~Die CO2-Bepreisung wird auch mittelfristig gerade im Hinblick auf nur zögerliche regulatorische Klimapolitik eine wichtige Rolle spielen, den Ausstieg aus der Nutzung von Benzin, Öl und Gas anzutreiben.~~

Die CO2-Bepreisung wird auch mittelfristig eine wichtige Rolle spielen, um den Ausstieg aus der Nutzung von Kohle, Öl und Gas anzutreiben. Je besser wir bei der Verringerung der CO2-Emissionen vorankommen, desto niedriger wird auch der CO2-Preis ausfallen.

Die Abschwächung von Klimaschutzmaßnahmen ist keine Antwort auf steigende CO2-Preise. Wir bekennen uns zum Instrument der CO2-Bepreisung. Wir sorgen so dafür, dass das Verursacherprinzip weiterhin eingehalten wird: Diejenigen, die das Klima schädigen, tragen dafür die Kosten. Das Klimageld verbessert jedoch die Verteilungswirkung und führt dazu, dass Spitzenverdiener einen größeren Teil der Transformationskosten tragen.

Damit die CO2-Bepreisung von der Bevölkerung angenommen wird, muss sie klar als klimapolitisches Instrument ~~gelesen werden, um angenommen zu werden~~ aufgebaut sein. Sie darf nicht nur als weitere Belastung wahrgenommen werden. Von einem steigenden CO2-Preis sollte nicht in erster Linie der Staatshaushalt profitieren. Transparenz ist zentral. ~~[Leerzeichen]~~

Die direkte Auszahlung eines Großteils der Einnahmen der CO2-Bepreisung von Gebäudewärme und Transport (nEHS bzw. ETS2) als antragsloses Klimageld im dreistelligen Bereich an Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen schafft Vertrauen und sozialen Ausgleich. Und sie kann die materielle Belastung ~~Dabei soll das Klimageld gleichmäßig mit den Einnahmen aus der CO2-Preise gerade für untere~~ Bepreisung steigen. Das Klimageld sollen Menschen mit niedrigem Einkommen in voller Höhe erhalten, während Menschen mit hohem Einkommen nicht vom Klimageld profitieren. Dies erreichen wir durch eine soziale Staffelung, etwa durch eine spezifische Besteuerung oder eine Kappung ab einer bestimmten Einkommenshöhe. Für Menschen mit niedrigem Einkommen werden die CO2-Kosten durch das Klimageld in den meisten Fällen mehr als ausgleichen ~~ausgeglichen~~.

Wir wollen möglichst bald ein Umsetzungskonzept vorlegen mit konkreten Schritten unter anderem zu Auszahlungsmechanismus und digitalem Serviceportal. Darüber hinaus wollen wir, dass die Auszahlung des Klimagelds möglichst bald startet. Bislang hat jedoch die FDP im Bundesfinanzministerium die Einführung eines Auszahlungsmechanismus verschleppt.

Wir wollen neben dem Klimageld gezielt im Sinne einer umfassenden Klimasozialpolitik Menschen

unterstützen, die den Umstieg auf klimafreundliche Technologien allein nicht schultern können. Wohlhabende können leichter auf steigende Preise von fossilen Kraftstoffen in Wärme und Verkehr reagieren, zum Beispiel indem sie auf Wärmepumpen und E-Autos umsteigen. Daher ist es richtig und wichtig, Privathaushalte mit niedrigen Einkommen stärker zu fördern. Ein Beispiel kann ein soziales Leasingmodell von E-Autos sein, wie es Frankreich vorgemacht hat.

Im ländlichen Raum ergeben sich darüber hinaus besondere Herausforderungen bei der Umstellung auf klimafreundliches Heizen und Mobilität, da dort die öffentliche Infrastruktur (ÖPNV und Wärmenetze) oft weniger gut ausgebaut ist. Wir wollen daher die Bedürfnisse von Menschen in ländlichen Räumen im Bundestagswahlprogramm besonders berücksichtigen.

~~Eine Besteuerung und damit eine einfache soziale Differenzierung der Zahlungen des pro-Kopf Klimageldes sowie weitere soziale Kriterien sind denkbar, sollten jedoch die Einführung des Klimagelds noch im Jahr 2025 nicht verzögern.~~

~~Noch in dieser Legislatur wollen wir ein Umsetzungskonzept mit konkreten Schritten für Auszahlung, digitales Serviceportal und Beratung gesetzlich beschließen.~~

~~Die Rückzahlung von CO<sub>2</sub>-Preisen als sichtbares und gut kommuniziertes Klimageld macht sozialen Klimaschutz erfahrbar – in der Hosentasche oder schwarz-auf-weiss auf dem Kontoauszug.~~

**VR-03-001** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Winfried Hermann (KV Stuttgart)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 1 bis 7:

~~Der Verkehrssektor muss endlich einen Teil zum Klimaschutz beitragen und als Mitglied der Bundesregierung ist es unsere Pflicht als Bündnis 90/Die Grünen dies einzufordern. Zuletzt war die Bundesregierung, und insbesondere der Verkehrsminister, dazu verurteilt worden, ein ausreichendes Sofortprogramm im Verkehr vorzulegen. Durch die Änderung des Klimaschutzgesetzes wurde diesem Urteil nun die Rechtsgrundlage entzogen. Für die FDP mag das ein Erfolg sein, für den Klimaschutz ist es ein herber Rückschlag.~~

Der Verkehrssektor muss seinen Teil zum Klimaschutz beitragen und als Mitglied der Bundesregierung haben Bündnis 90/Die Grünen trotz großer Widerstände Erfolge erzielt. Mit dem Deutschlandticket geben wir Millionen Menschen die Möglichkeit, günstig und klimafreundlich im gesamten Nah- und Regionalverkehr unterwegs zu sein. Die Reform des Straßenverkehrsrechts erleichtert es unseren Kommunen deutlich, mehr Tempo-30-Strecken, Fahrradwege und Busspuren anzuordnen. Deutschland investiert zudem so viel Geld wie noch nie in die Schieneninfrastruktur - und dank des neuen Bundesschienenwegeausbaugesetzes fließen Mittel jetzt in die Sanierung. Und nicht zuletzt finanziert die Lkw-Maut-Ausweitung nicht nur die Schieneninvestitionen, sondern bewirkt den Umstieg von Diesel auf erneuerbaren Strom im Lkw-Verkehr.

## weitere Antragsteller\*innen

Oliver Krischer (KV Aachen); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Thomas Poreski (KV Reutlingen); Sascha Müller (KV Schwabach); Anna Maria Uhl (KV Stuttgart); Alexander Link (KV Heidelberg); Uwe Janssen (KV Esslingen); Astrid Linnemann (KV Esslingen); Martin Metz (KV Rhein-Sieg); Diana Pretzell (KV Mannheim); Benjamin Hechler (KV Stuttgart); Ina Besche-Krastl (KV Mettmann); Sabine Krüger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Karen Tiede (KV Esslingen); Michael Jahn (KV Esslingen); Valentin Gauß (KV Rems/Murr); Michael Gross (KV Biberach); sowie 37 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**VR-03-003** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 2 bis 4 einfügen:

Mitglied der Bundesregierung ist es unsere Pflicht als Bündnis 90/ Die Grünen dies einzufordern. Die Bilanz der Bundesregierung hier ist verheerend. Trotz Verhandlungserfolgen von uns wie dem Deutschlandticket, der Reform des Straßenverkehrsrechts, der Ausweitung der Lkw-Maut und Rekordinvestitionen in die Schieneninfrastruktur, die dennoch immer noch nicht für die Verkehrswende ausreichen, wurden durch Verkehr im Jahr 2023 146 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente ausgestoßen. Nach dem Bundesklimaschutzgesetz wären nur 133 Mio. Tonnen erlaubt gewesen. Das Erreichen der Sektorziele hier wird aller Voraussicht nach durch das Unterlassen weiterer Maßnahmen weiterhin außer Reichweite bleiben. Wir konnten uns bisher nicht mit weiteren Maßnahmen durchsetzen und haben insgesamt nicht genug erreicht. Das ist ein schmerzhafter Misserfolg für uns. Zuletzt war die Bundesregierung, und insbesondere der Verkehrsminister, dazu verurteilt worden, ein ausreichendes Sofortprogramm im

Von Zeile 6 bis 7 einfügen:

Urteil nun die Rechtsgrundlage entzogen. Für die FDP mag das ein Erfolg sein, für den Klimaschutz ist es ein herber Rückschlag. Hier müssen wir als Bündnis 90/Die Grünen mit aller Härte eine Kehrtwende einfordern, um unserem Ruf als Klima- und Umweltpartei gerecht zu werden. Ansonsten lassen wir die Klimabewegung auf der Straße im Stich und das kann nicht unser Anspruch sein.

## Begründung

Beispiel zur Veranschaulichung, Verschärfung der Kritik und Solidarisierung mit der Klimsbewegung

Quelle zu Klimaemissionen: <https://www.allianz-pro-schiene.de/presse/pressemitteilungen/treibhausgas-emissionen-verkehr/>

## weitere Antragsteller\*innen

Ocean Renner (KV Nordfriesland); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Cim Kartal (KV Bielefeld); Robert Włodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Christoph Störmer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt); Zedidja-Samira Begrar (KV Erlangen-Stadt); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Philipp Schmagold (KV Plön); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Wolfgang Schanderl (KV Berlin-Mitte); Bettina Deutelmöser (BV Bundesverband); Rafael Nicolai Prange (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Paulus Maximilian Guter (KV Erlangen-Stadt); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); sowie 66 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**VR-03-008** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Winfried Hermann (KV Stuttgart)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 8 bis 22:

~~Die Reform des Klimaschutzgesetzes ist eine Verschlechterung für den Klimaschutz und insbesondere die Aufweichung der Sektorziele fällt sogar noch hinter die Vorgaben der Großen Koalition aus CDU und SPD zurück. In Zukunft besteht nur dann eine Verpflichtung zum Eingreifen, wenn die Klimaziele zwei Jahre in Folge gerissen werden. Das ist frühestens 2026 der Fall. Die aktuelle Bundesregierung ist somit auf Basis dieses Klimaschutzgesetzes ein für alle Mal aus der Verantwortung entlassen. Werden die Klimaziele gerissen, sind einzelne Sektoren in Zukunft außerdem grundsätzlich nicht mehr verbindlich dazu verpflichtet nachzusteuern, auch wenn sie als Ursache des Problems identifiziert wurden. All das wurde am gleichen Tag verkündet, als der Verkehrsminister vom Expertenrat für Klimafragen eine erneute massive Zielverfehlung bescheinigt bekommen hat. Der Verkehrssektor ist auch der Grund, warum Deutschland die Ziele der europäischen Lastenteilungsverordnung aller Voraussicht nach nicht einhalten wird. Tritt das ein, werden Zahlungen in Milliardenhöhe an Mitgliedstaaten fällig, die ihre Klimapolitik im Griff haben.~~

Zuletzt haben Gerichtsurteile unterstrichen, dass weitere Maßnahmen für den Klimaschutz im Verkehr nötig sind. Die harten Kompromisse in der Koalition auf Bundesebene und die Ablehnung vieler weiterer Vorschläge für eine soziale und ökologische Mobilität haben gezeigt, dass wir im anstehenden Bundestagswahlkampf umso entschlossener für Klimaschutz im Verkehr werben müssen. Die Reform des Klimaschutzgesetzes ersetzt keinen ambitionierten Klimaschutz im Verkehr. Der Verkehrssektor ist auch der Grund, warum Deutschland die Ziele der europäischen Lastenteilungsverordnung aller Voraussicht nach nicht einhalten wird. Tritt das ein, werden Zahlungen in Milliardenhöhe an Mitgliedstaaten fällig, die ihre Klimapolitik im Griff haben.

## weitere Antragsteller\*innen

Oliver Krischer (KV Aachen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig); Thomas Poreski (KV Reutlingen); Michael Gross (KV Biberach); Anna Maria Uhl (KV Stuttgart); Sascha Müller (KV Schwabach); Alexander Link (KV Heidelberg); Astrid Linnemann (KV Esslingen); Benjamin Hechler (KV Stuttgart); Sabine Krüger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Karen Tiede (KV Esslingen); Ina Besche-Krastl (KV Mettmann); Michael Jahn (KV Esslingen); Diana Pretzell (KV Mannheim); Valentin Gauß (KV Rems/Murr); Birgitt Bender (KV Stuttgart); Petra Rühle (KV Stuttgart); sowie 43 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.



**VR-03-008-2** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt!  
(V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND

Beschlussdatum: 25.10.2024

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 8 bis 10:

~~Die Reform des Klimaschutzgesetzes ist eine Verschlechterung für den Klimaschutz und insbesondere die Aufweichung der Sektorziele~~ Die Aufweichung der Sektorziele ist eine deutliche Verschlechterung für den Klimaschutz und fällt sogar noch hinter die Vorgaben der Großen Koalition aus CDU und SPD zurück. In Zukunft besteht nur

**VR-03-012** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 11 bis 15:

dann eine Verpflichtung zum Eingreifen, wenn die Klimaziele zwei Jahre in Folge gerissen werden. Das ist frühestens 2026<sup>5</sup> der Fall, da die Bundesregierung nach Überprüfung des Expert\*innenrates für Klimafragen die Vorgaben des Klimaschutzgesetzes im Jahr 2024 verfehlt hat. Die aktuelle Bundesregierung ist somit auf Basis dieses Klimaschutzgesetzes ein für alle Mal aus der Verantwortung entlassen, da sie vor der Bundestagswahl 2025 nicht mehr zu Maßnahmen verpflichtet werden kann. Werden die Klimaziele gerissen, sind einzelne Sektoren in Zukunft außerdem grundsätzlich nicht mehr verbindlich dazu verpflichtet

Von Zeile 17 bis 19 einfügen:

das wurde am gleichen Tag verkündet, als der Verkehrsminister vom Expertenrat für Klimafragen eine erneute massive Zielverfehlung bescheinigt bekommen hat. Die Reform des Klimaschutzgesetzes reduziert den Druck für Klimaschutz im Verkehr gänzlich. Der Verkehrssektor ist auch der Grund, warum Deutschland die Ziele der

## Begründung

Korrektur der Jahreszahl, ab der frühestens Maßnahmen ergriffen werden müssen und präzisere Erklärung

Quelle zum Expert\*innenrat: <https://www.klimareporter.de/deutschland/doch-nicht-auf-kurs>

## weitere Antragsteller\*innen

Ocean Renner (KV Nordfriesland); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Cim Kartal (KV Bielefeld); Robert Włodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Christoph Störmer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Zedidja-Samira Begrar (KV Erlangen-Stadt); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Philipp Schmagold (KV Plön); Bettina Deutmoser (BV Bundesverband); Rafael Nicolai Prange (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Paulus Maximilian Guter (KV Erlangen-Stadt); Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Benjamin Kunz (KV Birkenfeld); Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt); sowie 57 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**VR-03-024** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Winfried Hermann (KV Stuttgart)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 23 bis 24:

Das ist so nicht hinnehmbar. Wir fordern eine Verkehrswende, die ihren Namen auch verdient, und ~~zwar jetzt, während der grünen Regierungsbeteiligung~~ wollen möglichst viele Fortschritte noch in dieser Wahlperiode aber auch darüber hinaus umsetzen!

## weitere Antragsteller\*innen

Oliver Krischer (KV Aachen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig); Sascha Müller (KV Schwabach); Anna Maria Uhl (KV Stuttgart); Alexander Link (KV Heidelberg); Martin Metz (KV Rhein-Sieg); Astrid Linnemann (KV Esslingen); Benjamin Hechler (KV Stuttgart); Sabine Krüger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Karen Tiede (KV Esslingen); Ina Besche-Krastl (KV Mettmann); Michael Jahn (KV Esslingen); Diana Pretzell (KV Mannheim); Valentin Gauß (KV Rems/Murr); Michael Gross (KV Biberach); Birgitt Bender (KV Stuttgart); Petra Rühle (KV Stuttgart); sowie 40 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**VR-03-024-2** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt!  
(V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 23 bis 24:

Das ist so nicht hinnehmbar. Wir fordern eine Verkehrswende, die ihren Namen auch verdient, und zwar jetzt, während ~~derwährend unsere~~ grünen ~~Regierungsbeteiligung!~~ Minister\*innen Verantwortung tragen. Alles andere würde den Vertrauensverlust der Bevölkerung in uns im Klima- und Umweltbereich beschleunigen, der zuletzt in Nachwahlumfragen durch infratest dimap nach den EU-Wahlen und den Ost-Wahlen ersichtlich geworden ist.

## Begründung

Erwähnung der Nachwahlumfragen nach den schlechten Wahlergebnissen

Quellen:

- 1: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/umfrage-gruene.shtml>
- 2: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-22-LT-DE-BB/umfrage-gruene.shtml>
- 3: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-SN/umfrage-gruene.shtml>

## weitere Antragsteller\*innen

Ocean Renner (KV Nordfriesland); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Cim Kartal (KV Bielefeld); Robert Włodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg); Christoph Störmer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt); Zedidja-Samira Begrar (KV Erlangen-Stadt); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Philipp Schmagold (KV Plön); Bettina Deutelmöser (BV Bundesverband); Rafael Nicolai Prange (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Benjamin Kunz (KV Birkenfeld); Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt); Kathrin Weber (KV Bielefeld); sowie 50 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**VR-03-025** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Winfried Hermann (KV Stuttgart)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 25 bis 27:

~~Wir fordern die grüne Fraktion im Bundestag und die grünen Regierungsmitglieder auf, sich in den verbleibenden Monaten der Regierungsarbeit einzusetzen für~~

Jetzt und darüber hinaus kommen für uns grundsätzlich folgende Maßnahmen in Betracht:

## weitere Antragsteller\*innen

Oliver Krischer (KV Aachen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig); Thomas Poreski (KV Reutlingen); Sascha Müller (KV Schwabach); Anna Maria Uhl (KV Stuttgart); Alexander Link (KV Heidelberg); Martin Metz (KV Rhein-Sieg); Astrid Linnemann (KV Esslingen); Sabine Krüger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Karen Tiede (KV Esslingen); Ina Besche-Krastl (KV Mettmann); Diana Pretzell (KV Mannheim); Valentin Gauß (KV Rems/Murr); Michael Gross (KV Biberach); Birgitt Bender (KV Stuttgart); Petra Rühle (KV Stuttgart); Johannes Schmitz (KV Berlin-Kreisfrei); sowie 41 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**VR-03-026** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 25 bis 27 einfügen:

Wir fordern die grüne Fraktion im Bundestag und die grünen Regierungsmitglieder auf, sich entsprechend unseres Grundsatzprogrammes und unserer bisherigen Parteibeschlüsse in den verbleibenden Monaten der Regierungsarbeit einzusetzen für

## Begründung

Auszüge aus dem Grundsatzprogramm:

(8) Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Leitlinie unserer Politik. Die Menschheit überschreitet derzeit durch ihr Handeln die ökologischen Belastungsgrenzen in Bereichen wie Artenvielfalt, Klimaerhitzung oder Meeresversauerung und gefährdet so die Stabilität der Ökosysteme und die Lebensgrundlagen der Menschen. Es ist unsere Aufgabe, uns durch sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt zum Wohle der Menschen so nachhaltig weiterzuentwickeln, dass wir unsere Lebensgrundlagen bewahren.

(11) Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ist auch die ökologische Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Es ist unsere Verpflichtung, nachfolgenden Generationen faire Handlungsspielräume und Entscheidungsfreiheiten zu ermöglichen.

(80) Die öffentliche Förderung der einzelnen Verkehrsmittel ist in Zukunft am ökologischen Fußabdruck auszurichten. Zugleich müssen die einzelnen Verkehrsträger für ihre jeweiligen Umweltkosten aufkommen. Statt immer neue Straßen und Autobahnen braucht das Land eine moderne und flächendeckende Infrastruktur für Schienen- und öffentlichen Nahverkehr. Das heißt auch, dass vorhandene Straßeninfrastruktur neu und vernetzt genutzt werden kann. Attraktive Angebote führen zu einer Verkehrsverlagerung. Es gilt das Prinzip: Schiene, Radfahren und Zufußgehen stärken, Straßen- und Luftverkehr dekarbonisieren

## weitere Antragsteller\*innen

Ocean Renner (KV Nordfriesland); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Cim Kartal (KV Bielefeld); Robert Włodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Christoph Störmer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt); Zedidja-Samira Begrar (KV Erlangen-Stadt); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Philipp Schmagold (KV Plön); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Wolfgang Schanderl (KV Berlin-Mitte); Bettina Deutmoser (BV Bundesverband); Rafael Nicolai Prange (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Benjamin Kunz (KV Birkenfeld); sowie 49 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

VR-03-028 Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Winfried Hermann (KV Stuttgart)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 28 bis 42:

- ~~die Rücknahme der Novellierung des Klimaschutzgesetz,~~
- ~~die Feststellung eines Handlungsbedarfs wegen Verfehlung der Sektorenziele im Bereich Verkehr,~~
- ~~die Einführung eines Tempolimit von mindestens 120 km/h auf deutschen Autobahnen,~~
- ~~Tempo 30 – Zonen flächendeckend innerorts mit der Möglichkeit einer Ausnahme für sicher ausgebaute Durchgangsstraßen,~~
- ~~den nachhaltigen und umgehenden Ausbau des ÖPNV,~~
- ~~die notwendigen Investitionen in die Erhaltung der Bahninfrastruktur,~~
- ~~den Erhalt des 49-Euro-Tickets mit einer deutlich preiswerteren Erweiterung für Menschen mit geringem Einkommen,~~
- ◦ die Feststellung eines Handlungsbedarfs bei Verfehlung der Sektorziele im Bereich Verkehr,
- ◦ die Einführung eines Tempolimits auf deutschen Autobahnen,
- ◦ Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts mit der Möglichkeit einer Ausnahme für sicher ausgebaute Durchgangsstraßen,
- ◦ der nachhaltige und umgehende Ausbau des ÖPNV auch durch zusätzliche Regionalisierungsmittel,
- ◦ die notwendigen Investitionen in die Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere auch der Schiene, durch Einführung eines Infrastrukturfonds,
- ◦ der Erhalt des Deutschlandtickets inklusive der Angebote für Menschen mit geringem Einkommen sowie für Schüler\*innen und Studierende,
- ◦ eine kritische Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans und ~~den~~ Ausbaustoppeine Neubewertung der Neu- und Ausbauprojekte im Bereich des Autobahn- und Bundesstraßennetzes zugunsten der Sanierung unserer Verkehrsinfrastruktur unter Berücksichtigung der klimapolitischen Ziele und der angespannten Haushaltslage,
- ◦ bessere Alternativen zu Kurzstreckenflügen.
- ~~höhere Besteuerung von Kurzstreckenflügen.~~

## **weitere Antragsteller\*innen**

Oliver Krischer (KV Aachen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Thomas Poreski (KV Reutlingen); Anna Maria Uhl (KV Stuttgart); Martin Metz (KV Rhein-Sieg); Astrid Linnemann (KV Esslingen); Benjamin Hechler (KV Stuttgart); Sabine Krüger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Karen Tiede (KV Esslingen); Ina Besche-Krastl (KV Mettmann); Michael Jahn (KV Esslingen); Valentin Gauß (KV Rems/Murr); Michael Gross (KV Biberach); Diana Pretzell (KV Mannheim); Birgitt Bender (KV Stuttgart); Petra Rühle (KV Stuttgart); Johannes Schmitz (KV Berlin-Kreisfrei); Ferdinand Müller (KV Leipzig); sowie 40 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.



VR-03-028-2 Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt!  
(V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

## Änderungsantrag zu VR-03

In Zeile 28 einfügen:

- die Rücknahme der Novellierung des Klimaschutzgesetz, um Vertrauen in der Bevölkerung zurückzugewinnen,

Von Zeile 31 bis 32:

- die Einführung eines Tempolimit von ~~mindestens~~maximal 120 km/h auf deutschen Autobahnen,

Von Zeile 37 bis 42:

- den Erhalt des ~~49-Euro-Tickets~~ Deutschlandtickets auf dem bisherigen Preisniveau von 49 € mit einer deutlich preiswerteren Erweiterung für Menschen mit geringem Einkommen,
- eine kritische Überprüfung sowie eine Neubewertung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans und den Ausbaustopp des Autobahn- und Bundesstraßennetzes zugunsten der Sanierung unseres Bestandsnetzes und des Schienennetzes unter Berücksichtigung der klimapolitischen Ziele und der angespannten Haushaltslage,
- höhere Besteuerung von Kurzstreckenflügen und bessere Alternativen zu diesen.

## Begründung

Präzision und Korrektur zu den geforderten Maßnahmen

## weitere Antragsteller\*innen

Ocean Renner (KV Nordfriesland); Cim Kartal (KV Bielefeld); Robert Wlodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Christoph Störmer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt); Zedidja-Samira Begar (KV Erlangen-Stadt); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Wolfgang Schanderl (KV Berlin-Mitte); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Bettina Deutelmöser (BV Bundesverband); Paulus Maximilian Guter (KV Erlangen-Stadt); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Benjamin Kunz (KV Birkenfeld); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Kathrin Weber (KV Bielefeld); sowie 48 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

VR-03-028-3 Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt!  
(V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND

Beschlussdatum: 25.10.2024

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 28 bis 42:

- ~~die Rücknahme der Novellierung des Klimaschutzgesetz,~~
- ein Klimaschutzgesetz, das den Handlungsbedarf aller Sektoren verpflichtend anerkennt und fehlende Erreichung der Ziele einzelner Sektoren wirksam sanktioniert,
- die Feststellung eines Handlungsbedarfs wegen Verfehlung der Sektorenziele im Bereich Verkehr; sowie für die Zukunft die Anpassung auf ein Budget entsprechend des Pariser Klimaschutzabkommens,
- die Einführung eines Tempolimit von ~~mindestens~~ 120 km/h auf deutschen Autobahnen; sowie die Einführung von maximal 80 km/h auf Landstraßen,
- Tempo 30 – Zonen flächendeckend innerorts ~~mit der Möglichkeit einer Ausnahme für sicher ausgebaute Durchgangsstraßen,~~
- den nachhaltigen und umgehenden Ausbau des ~~ÖPNV~~, ÖPV, sowohl für Fern- als auch für Nahverkehr - die Mittel für Bundesfernstraßenausbau sollen umgeschichtet und für Schieneninfrastrukturinvestitionen eingesetzt werden,
- einen Ausbau- und Modernisierungspakt, der Länder und Kommunen ernsthaft in die Lage versetzt den ÖPNV massiv auszuweiten und eine Mobilitätsgarantie deutschlandweit einzuführen, die mindestens einen Stundentakt in jedem Dorf vorsieht. Dafür soll es Vereinbarungen mit Ländern über die Verdreifachung der ÖPNV Nutzung geben, die sowohl eine deutliche Erhöhung

der Regionalisierungsmittel von mindestens 5% als auch eine verpflichtende angemessene finanzielle Eigenbeteiligung der Länder vorsehen,

- die notwendigen Investitionen in die Erhaltung der Bahninfrastruktur, sowie die flächendeckende und auf eine Verdreifachung der Fahrgastzahlen ausgerichtete Umsetzung des Deutschlandtaks mit einem Zeithorizont bis 2040,
- den Erhalt des 49-Euro-Tickets mit einer deutlich preiswerteren Erweiterung und ein kostenloses Angebot für Schüler\*innen, Studierende, Azubis, Menschen mit geringem Einkommen und Rentner\*innen,,
- ~~eine kritische Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans und den Ausbaustopp des Autobahn- und Bundesstraßennetzes unter Berücksichtigung der klimapolitischen Ziele und der angespannten Haushaltslage,~~
- die im Koalitionsvertrag vereinbarte kritische Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans auf Grundlage der Klimaziele und den Ausbaustopp des Autobahn- und Bundesstraßennetzes,
- ~~höhere Besteuerung~~Verbot von Kurzstreckenflügen,;
- die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen wie dem Dienstwagen- oder Diesel-Privileg unter Berücksichtigung aller möglichen sozialen Folgen, welche aufgefangen werden sollen.

**VR-03-035** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: BAG Behindertenpolitik

Beschlussdatum: 23.10.2024

## Änderungsantrag zu VR-03

In Zeile 35 einfügen:

- den nachhaltigen, barrierefreien und umgehenden Ausbau des ÖPNV, nicht zuletzt in ländlichen Räumen,

## Begründung

Nicht-barrierefreier öffentlicher Nah- und Fernverkehr stellt für Menschen mit Behinderungen und andere mobilitätseingeschränkte Personen nachwievor eine große Hürde dar und beeinträchtigt ihren Zugang zu elementaren Angeboten der Daseinsvorsorge und ihre Teilhabemöglichkeit am gesellschaftlichen Leben. Dies trifft nochmals verschärft auf ländliche Räume zu.

Die oft rudimentäre Angebotsstruktur in ländlichen Räumen senkt zudem die Akzeptanz von Angeboten, wie dem Deutschlandticket.

**VR-03-043** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 43 bis 45:

~~Auch klimaschädliche Subventionen wie das Dienstwagen- oder Diesel-Privileg könnten in wenigen Monaten abgeschafft werden.~~

- die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen wie das Dienstwagen- oder Diesel-Privileg.

## Begründung

Den Satz, der nur eine Möglichkeit vorsieht, übernehme ich in den strikteren Forderungskatalog.

## weitere Antragsteller\*innen

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Bettina Deutelmoser (BV Bundesverband); Marco Petrikat (KV Köln); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Axel Wunsch (KV Rastatt/Baden-Baden); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Krystyna Grendus (KV Vorpommern-Greifswald); Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Kerstin Wilde (KV Leipzig); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Robert Włodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg); Jürgen Kaldewey (KV Segeberg); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Dirk Petersen (KV Hamburg-Mitte); Kathrin Weber (KV Bielefeld); sowie 32 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**VR-03-044** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Winfried Hermann (KV Stuttgart)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 43 bis 45:

Auch klimaschädliche Subventionen wie das Dienstwagen- oder Diesel-Privileg könnten ~~in~~  
~~wenigen Monaten~~schrittweise abgeschafft werden.

## weitere Antragsteller\*innen

Oliver Krischer (KV Aachen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig); Thomas Poreski (KV Reutlingen); Anna Maria Uhl (KV Stuttgart); Sascha Müller (KV Schwabach); Martin Metz (KV Rhein-Sieg); Astrid Linnemann (KV Esslingen); Benjamin Hechler (KV Stuttgart); Sabine Krüger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Karen Tiede (KV Esslingen); Ina Besche-Krastl (KV Mettmann); Michael Jahn (KV Esslingen); Valentin Gauß (KV Rems/Murr); Birgitt Bender (KV Stuttgart); Petra Rühle (KV Stuttgart); Johannes Schmitz (KV Berlin-Kreisfrei); Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte); sowie 37 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**VR-03-045** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 44 bis 45:

könnten in

~~wenigen Monaten~~ wenigen Monatschrittweise abgeschafft werden. Es ist insbesondere aufgrund der angespannten Haushaltslage eine dringende Notwendigkeit die zusätzlichen Einnahmen hierdurch in Zukunft zu nutzen, um den Haushalt zu entlasten.

## Begründung

Betonung der Notwendigkeit der Abschaffung klimaschädlicher Subventionen

## weitere Antragsteller\*innen

Ocean Renner (KV Nordfriesland); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Cim Kartal (KV Bielefeld); Robert Włodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt); Zedidja-Samira Begrar (KV Erlangen-Stadt); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Wolfgang Schanderl (KV Berlin-Mitte); Bettina Deutelmöser (BV Bundesverband); Rafael Nicolai Prange (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Paulus Maximilian Guter (KV Erlangen-Stadt); Benjamin Kunz (KV Birkenfeld); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Nils Richter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); sowie 48 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**VR-03-046** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Winfried Hermann (KV Stuttgart)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 46 bis 48:

Zur politischen Unterstützung ~~schlagen wir vor, einen öffentlichen „Verkehrskongress“ mit dem Thema #Gesundheits-, Umwelt- und Klimaschutz durch Tempolimit und Ausbau des ÖPNV# zu organisieren.~~ begrüßen wir, dass die grüne Bundestagsfraktion noch im November eine öffentliche „Mobilitätskonferenz“ u.a. mit den Themen Gesundheits-, Umwelt- und Klimaschutz durch die Verkehrswende und insbesondere den Ausbau des ÖPNV organisiert.

## weitere Antragsteller\*innen

Oliver Krischer (KV Aachen); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig); Thomas Poreski (KV Reutlingen); Sascha Müller (KV Schwabach); Anna Maria Uhl (KV Stuttgart); Uwe Janssen (KV Esslingen); Astrid Linnemann (KV Esslingen); Benjamin Hechler (KV Stuttgart); Sabine Krüger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Michael Jahn (KV Esslingen); Karen Tiede (KV Esslingen); Diana Pretzell (KV Mannheim); Valentin Gauß (KV Rems/Murr); Birgitt Bender (KV Stuttgart); Petra Rühle (KV Stuttgart); Johannes Schmitz (KV Berlin-Kreisfrei); Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte); sowie 39 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.



VR-03-048 Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland)

## Änderungsantrag zu VR-03

Nach Zeile 48 einfügen:

Hinter der Kraftstofflobby stehen außerdem die mächtigsten fossilen Konzerne der Welt mit ihrem Ziel, dass Mobilität weiterhin von Öl und Gas abhängig bleibt und gefördert wird- auch wenn dieses gar nicht mehr gebraucht wird.

Damit zerstören diese Unternehmen im niedersächsischen Wattenmeer direkt vor unserer Haustür einen einmaligen ökologischen Lebensraum, heizen die Klimakrise weiter an und gefährden eine touristische Region.

Deswegen fordern wir gemeinsam eine finale Absage für die Gasförderung vor Borkum, eine Ablehnung des Unitarisierungsabkommen mit den Niederlanden und die Absage an Genehmigungen für Kabeltrassen der fossilen Infrastruktur. Wir stehen gemeinsam für den Schutz des UNESCO-Weltnaturerbes Wattenmeer und setzen uns für die notwendigen Neuregelungen im Bergrecht ein, damit Natur- und Klimaschutz über den fossilen Konzerninteressen steht.

## Begründung

Die Schönheit und Einzigartigkeit des Wattenmeers, ein Tourismusmagnet und UNESCO Weltnaturerbe, stehen auf dem Spiel. Dieses fragile Ökosystem mit seiner faszinierenden Unterwasserwelt, beeindruckenden Salzwiesen und Dünenlandschaften sowie Millionen von Vögeln, die hier ihren Rastplatz haben, darf nicht für wirtschaftliche Interessen eines niederländischen Konzerns riskiert werden. Der Schutz des Wattenmeers, der Inseln, Flora und Fauna und der Menschen muss für uns Priorität haben – wir dürfen nicht zulassen, dass die geplante Erdgasförderung vor Borkum Deutschlands größtes Naturerbe gefährdet.

Im Jahr 2022 wurde aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine eine mögliche Gasknappheit befürchtet. Doch Dank umfassender und zügiger Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene durch uns Grüne, insbesondere durch den Ausbau Erneuerbarer Energien, konnte diese Gefahr abgewendet und die Menschen in diesem Land warm und sicher durch den Winter gebracht werden. Auch 2024 sind die Speicher voll. Niedersachsen, das 2023 erstmalig seinen Strombedarf rechnerisch zu über 100 % aus erneuerbaren Energien gedeckt hat und für ganz Deutschland eine Schlüsselrolle bei der Energiewende spielt, zeigt uns, dass der Weg in die Zukunft grün ist und nicht weiter von fossilen Brennstoffen abhängen darf. Die geplante Erdgasförderung, die maximal 1 % des aktuellen deutschen Bedarfs decken würde, steht in keinem Verhältnis zu den potentiellen Schäden. Allein durch die Verbrennung des geförderten Gases würden gemäß der Genehmigung von 18 Jahren Förderzeitraum bis zu 26 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> freigesetzt – das entspricht den jährlichen Emissionen des gesamten Bundeslandes Rheinland-Pfalz.

Die UNESCO erklärt in ihrem Wattenmeer-Zustandsbericht die geplante Gasförderung als unvereinbar mit dem Status des Weltnaturerbes. Der Schutz dieses empfindlichen Ökosystems darf nicht der kurzfristigen Rohstoffgewinnung geopfert werden. Die einzigartigen Lebensräume, die 2022 dem Bundesumweltministerium als Flora-Fauna-Habitat FFH 2022 zur Aufnahme gemeldet wurden, sowie aktuell neu entdeckte Steinriffe vor Borkum mit ihren Hummern, Krebsen und Korallen, der Lebensraum auf den ostfriesischen Inseln, sind durch das Vorhaben der Firma ONE-Dyas unmittelbar bedroht. Die Störungen reichen direkt in die Gebiete hinein und gefährden somit zum Beispiel Schweinswale,

Robben und Seehunde. Dieses Erdgasfeld ist erst der Anfang des von ONE-Dyas großräumig geplanten Förderprojekt mit weiteren Bohrplattformen und Gasfeldern, teilweise direkt unter deutschen Naturschutzgebieten, die dieses derzeit so biodivers geschütztes Gebiet industrialisieren würde.

Die Inseln Borkum, Schiermonnikog und Juist sowie zahlreiche Umweltverbände aus den Niederlanden und Deutschland haben bereits erfolgreich gegen den Bau der Bohrplattform und der dafür notwendigen Infrastruktur geklagt und vor Gericht einen vorläufigen Baustopp erreicht. Das Gericht betonte ausdrücklich den Schutz wertvoller Riffe entlang der Kabeltrasse und das wirtschaftliche Interessen eines fossilen Konzerns, den Natur- und Klimaschutz nicht überwiegen. Dies zeigt deutlich den breiten Widerstand und das Bewusstsein in der Region, dass die Erdgasförderung einen unverantwortlichen Eingriff in die Natur und das Klima darstellt. Bündnis 90/Die Grünen steht fest an der Seite der Klimabewegung, der Natur- und Umweltverbände, der Insulaner\*innen und der Inseln Borkum, Schiermonnikog und Juist.

Wenn wir unseren Anspruch als Klimaschutzpartei und die Glaubwürdigkeit der deutschen Energiepolitik verteidigen wollen, dürfen wir Borkum nicht zulassen. Die geplante Förderung steht im krassen Widerspruch zu den Klimazielen, die wir uns gesetzt haben, und gefährdet die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens. Weltweit war es ein Erfolg von Außenministerin Annalena Baerbock, Klimaschutzminister Robert Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke, dass sich die 28. Weltklimakonferenz in Dubai endlich für die Abkehr von fossilen Energien ausgesprochen hat. Die Erschließung neuer Öl-, Gas- und Kohlevorkommen ist mit dem Weltklimaabkommen unvereinbar.

Auf Bundesebene wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, dass keine neuen Genehmigungen für Öl- und Gasbohrungen in der Nord- und Ostsee erteilt werden sollen. Die Modernisierung des Bergrechts ist bereits angestoßen, um die heimische Rohstoffgewinnung ökologisch neu zu ordnen und endlich auch Klimaziele in Genehmigungen zu berücksichtigen. Wir fordern die Bundesregierung auf, dies zügig umzusetzen, damit keine neuen Genehmigungen für fossile Förderprojekte mehr erteilt werden.

Die Verhandlungen über ein sogenanntes Unitarisierungsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden, das die rechtliche Grundlage für die geplante Erdgasförderung schaffen soll, laufen seit 2022. Dieses Abkommen darf vom Deutschen Bundestag aus Klimaschutz- und Umweltgründen und zum Schutz des UNESCO-Welterbes Wattenmeer nicht ratifiziert werden. Wir appellieren an die grüne Bundestagsfraktion und an unsere Minister\*innen, sich entschieden für Klima und Naturschutz und gegen diese unnötige Förderung einzusetzen. Klimaschutz und der Schutz unseres Naturerbes müssen über den Interessen eines niederländischen Unternehmens stehen. In dieser Sache stehen wir Seite an Seite mit GroenLinks, unserer Schwesterpartei in den Niederlande.

Wir fordern:

- Jegliche Erdgas- und Erdölförderprojekte innerhalb und außerhalb des Weltnaturerbes Wattenmeer sofort zu stoppen
- Den UNESCO Weltnaturerbe-Status des Wattenmeers konsequent zu schützen und gefährdende Eingriffe zu verhindern.
- Eine Ablehnung des Unitarisierungsabkommen mit den Niederlanden, das für die Förderung nötig wäre.
- Die Umsetzung eines ökologisch-modernen Bergrechts, das den Schutz von Klima und Natur ins Zentrum stellt und Neugenehmigungen fossiler Förderungen ausschließt

Der Schutz unseres einzigartigen Erbes muss Vorrang haben – denn es gibt keinen zweiten Ort wie das Wattenmeer.

## weitere Antragsteller\*innen

Meta Janßen-Kucz (KV Leer/Ostfriesland); Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach); Lisa Badum (KV Forchheim); Greta Garlichs (KV Hannover); Ronja Berger (KV Leer/Ostfriesland); Hayo (Heinz-Gebrecht) Hayunga (KV Leer/Ostfriesland); Richard Graf (KV Leer/Ostfriesland); Sascha Völkening (KV Göttingen); Lüder Müller (KV Leer/Ostfriesland); Michael Lühmann (KV Göttingen); Djenabou Diallo Hartmann (KV Hannover); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Helge Limburg (KV Holzminden); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Hagen Langosch (KV Hameln-Pyrmont); Ben Fischer (KV Leer/Ostfriesland); Martin Lüdders (KV Stade); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Hermann Gansel (KV Leer/Ostfriesland); sowie 147 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**VR-03-048-2** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt!  
(V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Lisa Badum (KV Forchheim)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 47 bis 48 einfügen:

„Verkehrskongress“ mit dem Thema #Gesundheits-, Umwelt- und Klimaschutz durch Tempolimit und Ausbau des ÖPNV# zu organisieren.

Die fossile Lobby wittert überall Profitinteressen. Selbst in Bayern, zwischen Lech und Ammersee, will eine kanadische Firma nun Erdgasbohrungen durchführen. Wir lehnen diese Bohrungen entschieden ab.

## weitere Antragsteller\*innen

Ocean Renner (KV Nordfriesland); Patrick Haermeyer (KV Oberhavel); Esther Frey (KV Coburg-Land); Inge Pütz-Nobis (KV Forchheim); Sandra Smolka (KV Freising); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Katharina Meixner (KV Frankfurt); Johannes Lauterwald (KV Frankfurt); Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt); Kornelia Haslbeck (KV Pfaffenhofen); Alexander Rodatos (KV Bamberg-Stadt); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Leonie Philine Pfadenhauer (KV Bamberg-Stadt); Felix John (KV Berlin-Mitte); Andrea Schulte-Krauss (KV Starnberg); Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land); Claudia Hammerbacher (KV Nürnberg-Stadt); Julia Eberz (KV Frankfurt); sowie 57 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

VR-03-048-3 Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt!  
(V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND

Beschlussdatum: 25.10.2024

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 48 bis 52:

Hinter der Kraftstofflobby stehen außerdem die mächtigsten fossilen Konzerne der Welt mit ihrem Ziel, dass Mobilität weiterhin von Öl und Gas abhängig bleibt und gefördert wird- auch wenn dieses gar nicht mehr gebraucht wird.

Damit zerstören diese Unternehmen im niedersächsischen Wattenmeer direkt vor unserer Haustür einen einmaligen ökologischen Lebensraum, heizen die Klimakrise weiter an und gefährden eine touristische Region.

Deshalb fordern wir gemeinsam eine endgültige Absage der Gasförderung vor Borkum, die Ablehnung des Unitarisierungsabkommens mit den Niederlanden sowie die Verweigerung von Genehmigungen für Kabeltrassen der fossilen Infrastruktur. Wir setzen uns gemeinsam für den Schutz des UNESCO-Weltnaturerbes Wattenmeer ein und streben die notwendigen Reformen im Bergrecht an, damit Natur- und Klimaschutz Vorrang vor den Interessen fossiler Konzerne haben.

Wir verlangen die Verankerung eines Verbots neuer Öl- und Gasförderungen im Bundesberggesetz und lehnen die Genehmigung sowohl zugehöriger als auch separater neuer fossiler Infrastrukturen ab. Zudem fordern wir die Ablehnung der Genehmigung für das erforderliche Plattformstromkabel durch die zuständigen Grünen Minister in Niedersachsen.

Wir Grüne stehen für einen echten, verantwortungsbewussten Klimaschutz. Dazu gehört auch die Rücknahme der Alarmstufe des Notfallplans Gas, die im Juni 2022 auf dem Höhepunkt der "Gaskrise" erfolgte. Diese ist mittlerweile in der völlig geänderten Ausgangslage nicht mehr zu rechtfertigen. Die Rücknahme ist auch ein Signal, dass wir den Krisenmodus hinter uns lassen und wieder eine mittel- und langfristige Politik verfolgen.

~~Wir Grüne stehen für einen echten, verantwortungsbewussten Klimaschutz. Wir schieben keine Verantwortung vor uns her und wir wollen unsere Bringschuld gegenüber zukünftigen Generationen erfüllen. Das müssen wir nun auch konsequent so in der Bundesregierung handhaben.~~

Wir schieben keine Verantwortung vor uns her und wir wollen unsere Bringschuld gegenüber zukünftigen Generationen erfüllen. Dafür müssen wir auch den Druck auf den Verkehrsminister aufrechterhalten und dafür sorgen, dass alle Sektoren ihrer klimapolitischen Verantwortung gerecht werden.

**VR-03-051** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Winfried Hermann (KV Stuttgart)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 50 bis 52 löschen:

schieben keine Verantwortung vor uns her und wir wollen unsere Bringschuld gegenüber zukünftigen Generationen erfüllen. ~~Das müssen wir nun auch konsequent so in der Bundesregierung handhaben.~~

## weitere Antragsteller\*innen

Oliver Krischer (KV Aachen); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig); Thomas Poreski (KV Reutlingen); Sascha Müller (KV Schwabach); Uwe Janssen (KV Esslingen); Alexander Link (KV Heidelberg); Astrid Linnemann (KV Esslingen); Benjamin Hechler (KV Stuttgart); Sabine Krüger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Ina Besche-Krastl (KV Mettmann); Michael Jahn (KV Esslingen); Karen Tiede (KV Esslingen); Diana Pretzell (KV Mannheim); Valentin Gauß (KV Rems/Murr); Michael Gross (KV Biberach); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Birgitt Bender (KV Stuttgart); sowie 39 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**VR-03-052** Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

## Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 51 bis 52 einfügen:

gegenüber zukünftigen Generationen erfüllen. Das müssen wir nun auch konsequent so in der Bundesregierung handhaben „denn bisher haben wir an dieser Stelle unsere Bringschuld nicht erfüllt und nicht genug erreicht.“

## Begründung

Präzision und Verschärfung der Kritik

## weitere Antragsteller\*innen

Ocean Renner (KV Nordfriesland); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Cim Kartal (KV Bielefeld); Robert Włodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Christoph Störmer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Zedidja-Samira Begrar (KV Erlangen-Stadt); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Philipp Schmagold (KV Plön); Bettina Deutelmöser (BV Bundesverband); Rafael Nicolai Prange (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Benjamin Kunz (KV Birkenfeld); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Nils Richter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); sowie 45 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

VR-03/01 Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller\*in: Nyke Slawik, KV Leverkusen

## Titel

Ändern in:

Verkehrswende? Das geht nur mit Bündnis 90/Die Grünen!

## Änderungsantrag zu VR-03

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in den vergangenen dreieinhalb Jahren im Bundestag und der Bundesregierung sichtbare Erfolge erzielt:

- Mehr als 13 Millionen Menschen besitzen bundesweit das Deutschlandticket. Die ÖPNV Nutzung ist damit so einfach und günstig wie nie zuvor. Seit dem Sommersemester 2024 erhalten mehrere Millionen Studierende in Deutschland dieses Ticket sogar als ein um 40% vergünstigtes deutschlandweit gültiges Semesterticket. Das Ticket spart überdies Mio. Tonnen CO2 ein. Wir haben die Regionalisierungsmittel bis 2030 um ganze 17 Milliarden Euro erhöht im Vergleich zur großen Koalition. Die jährliche Dynamisierungsrate wurde durch uns auf drei Prozent angehoben.
- Erstmals in der Geschichte unseres Landes wird doppelt so viel in die Schiene wie in die Straße investiert. Die LKW-Maut haben wir auf das europäisch zulässige Höchstmaß von 200 Euro/je Tonne CO2 angehoben. Die Einnahmen daraus werden zum ersten Mal auch und überwiegend in die Schiene gesteckt, womit wir den Kreislauf "Straße finanziert Straße" durchbrochen haben.
- Wir haben die Planung und Genehmigung von Schienenstrecken beschleunigt. Momentan läuft die größte Sanierungsaktion aller Zeiten an - zentraler Teil davon sind die Korridorsanierungen. Mit der Gründung der "DB InfraGO" haben wir bislang aneinander vorbei arbeitende Infrastrukturunternehmen zusammengeführt, Schnittstellen und Vorstandsposten verringert. Dies war die erste Strukturreform bei der Deutschen Bahn seit 30 Jahren.
- Die Bundesregierung hat bewirkt, dass ab dem Jahr 2035 nur noch nicht fossil betriebene Autos zugelassen werden. Der Übergang hin zu klimaneutralen Antriebstechnologien ist ein elementarer Bestandteil des Green Deal, dem in Europa trotz Widerstands von Teilen der FDP und der CDU durch die Bundesregierung zugestimmt wurde. Den Ausbau der Ladeinfrastruktur haben wir auch in das überragende öffentliche Interesse gestellt und beschleunigt - für PKW und LKW. Das bidirektionale Laden steht vor dem gesetzlichen Durchbruch. Wir Grüne unterstützen den Hochlauf der Elektromobilität und damit Wettbewerbsstärke und Arbeitsplätze in der deutschen Mobilitätswirtschaft.
- Mit dem neuen Straßenverkehrsgesetz, das endlich auch Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie städtebauliche Entwicklung als Ziele der Verkehrsplanung definiert, und der neuen Straßenverkehrsordnung geben wir den Kommunen deutlich mehr Freiheit, vor Ort über neue Radwege, Busspuren und Tempo 30-Abschnitte zu entscheiden. Das ermöglicht mehr Klimaschutz vor Ort, erhöht die Verkehrssicherheit und hilft der Verkehrswende enorm. Die Bundesmittel für die kommunale Radverkehrsinfrastruktur haben wir verstetigt.
- Den Luftverkehr haben wir nicht aus der Verantwortung entlassen: Die Dekarbonisierung des Luftverkehrs stellt eine besondere Herausforderung dar. Wir haben die Luftverkehrsteuer um den



Betrag angehoben, den eine Kerosinsteuer auf innerdeutsche Flüge erbringen würde. Im Bundeshaushalt haben wir Mittel für die Entwicklung von E-Kerosin gesichert, Geld für die Erprobung von leiseren Flugverfahren erhalten, sowie zusätzliche Mittel für den Deutschen Wetterdienst, die dazu beitragen werden, die sekundären Klimaeffekte des Fliegens zu mindern.

All das wäre ohne GRÜNE in der Regierung nicht gelungen. Wir haben in vielen Auseinandersetzungen auch in der Koalition eine ökologischere und gerechtere Verkehrspolitik durchsetzen können.

Dennoch ist klar: Das reicht nicht aus. Der Verkehrssektor hinkt der Erreichung der Klimaziele hinterher und muss seine Anstrengungen intensivieren, auch nachdem durch das Urteil zum Klimatransformationsfonds einige Maßnahmen finanziell untersetzt werden müssen. Die Herausforderungen sind enorm, da in den Jahren des CSU-geführten Verkehrsministeriums die Prioritäten falsch gesetzt wurden. Wir haben bei Regierungsantritt ein Land übernommen, in dem die Bahn über Jahrzehnte kaputtgespart wurde, Brücken und Infrastruktur marode sind. Die Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte war einseitig auf die Subventionierung und Besserstellung des motorisierten Individualverkehrs fokussiert. CSU-Minister wie Ramsauer, Dobrindt und Scheuer trieben lieber Umgehungsstraßen in Bayern voran statt die Instandhaltung der fundamentalen Lebensadern der Republik sicherzustellen.

Wir haben eine Trendwende eingeleitet: In ÖPNV und Bahn fließen mehr Bundesmittel als jemals zuvor. Zudem sind die Investitionen in die Schiene nun deutlich höher als in die Straße. Fast keine neuen Straßenbaumaßnahmen werden noch begonnen. Der Fokus liegt nun eindeutig auf der Sanierung der Straßen, insbesondere der Brücken. Für uns ist aber auch klar, diese Trendwende ist noch kein erreichtes Klimaziel. Die fossile Lobby muss gestellt, die fossilen Subventionen und Vergünstigungen in Milliardenhöhe ab- bzw. umgebaut werden. Die Besserstellung der Nutzung fossiler Verkehrsmittel gilt es zu beenden. Wir müssen unseren Weg mit Hochdruck weitergehen. Beim Übergang in das nicht fossile Zeitalter, auch im Verkehr haben wir keine Zeit zu verschenken.

Die vielen fehlenden Klimaschutzmaßnahmen des FDP-geführten Verkehrsministerium belegen, dass es einklagbare Vorgaben für die Sektoren braucht. Die europäischen Leitplanken werden künftig wirken, eine starke nationale Klimaschutzgesetzgebung sollte das konkretisieren. Jeder Sektor muss bei Klima und Umwelt liefern.

Viele Maßnahmen, wie der Ausbau der Schiene, wirken im Verkehrsbereich erst mittel- oder langfristig. Wenn wir schmerzhaft Eingriffe vermeiden oder zumindest reduzieren wollen, müssen wir deshalb umso schneller ins Handeln kommen. Die Verantwortung des Verkehrssektors darf daher nicht aufgeschoben werden.

Klimaschutzgesetz - der Verkehrssektor darf nicht aus der Verantwortung fallen:

Das Klimaschutzgesetz wurde 2019 überparteilich verabschiedet. Bis heute wollen CDU und SPD jedoch nichts davon wissen, dass Ziele auch Maßnahmen bedeuten. Nach der Vogel-Strauß Politik der Großen Koalition vor 2021 war der Ehrgeiz von uns Grünen in der Bundesregierung, die riesige hinterlassene 1000 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Lücke möglichst schnell zu schließen. Mit den verabschiedeten Maßnahmen ist es gelungen, die Lücke nahezu vollständig zu schließen - und das, weil die Sektoren, für die wir innerhalb der Bundesregierung Verantwortung tragen (Energie, Industrie, Landwirtschaft), ihre Ziele bis 2030 voraussichtlich übererfüllen.

Weiterhin bleiben die beiden schwierigen Sektoren Gebäude und Verkehr. Obwohl die Debatte von politischen Gegner\*innen in- und außerhalb der Koalition politisch vergiftet wurde, haben wir an der Wärmewende festgehalten und diese eingeleitet. Erstmals gibt es bundesweit die Vorgabe zur kommunalen Wärmeplanung, erstmalig gibt es Vorgaben für Privathaushalte erneuerbare Heizungen einzubauen. Die Ziele für die Erneuerbaren haben wir stark angehoben und deren Ausbau massiv beschleunigt. Mit grünen Leitmärkten und Klimaschutzverträgen verhelfen wir klimaneutral

hergestellten Produkten zum Durchbruch. Auch im Verkehrsbereich konnten wir Grüne viele Reformen anstoßen. Der Verkehrsminister verweigerte sich jedoch seinen Berichtspflichten aus dem Klimaschutzgesetz.

Die Reform des Klimaschutzgesetzes wurde im Koalitionsausschuss beinahe 30 Stunden und im Bundestag über 7 Monate verhandelt. Die Überprüfung der Sektoren wurde gelockert, im Gegenzug für konkrete Klimaschutzmaßnahmen. Mit unseren Koalitionspartnern hatten wir keine Verbündeten für ein anderes Ergebnis, also beides zu haben - ein halbwegs ambitioniertes Gesetz und wirksame Klimaschutzmaßnahmen wie die Klima-Maut beim LKW. Ob das neue Klimaschutzgesetz wirklich verfassungsfest ist, wird nun gerichtlich überprüft werden. Eines steht fest: Keine Regierung in den nächsten Jahren wird die europäischen und deutschen Klimaziele einhalten können, ohne klimaschädliche Subventionen im Verkehrsbereich schrittweise abzubauen, die öffentliche Mobilität für Mehr zu ermöglichen sowie die Elektromobilität weiter in Gang zu bringen. Daher ist die Diskussion um das Klimaschutzgesetz und die Klimaziele nicht am Ende und wir Grüne werden weiter für die Einhaltung der Klimaziele kämpfen.

Antriebswende - wir machen den Auspuff-Abgasen den Gar aus:

Verkehr vermeiden, verlagern und wo das jeweils nicht möglich ist, dekarbonisieren. Wir haben auf verschiedenen Ebenen intensiv daran gearbeitet, auch die Antriebswende voranzubringen. Fossile Verbrenner werden ab 2035 nicht mehr verkauft, das ist nun EU-weit festgeschrieben. Zugleich haben wir den Ausbau der Ladeinfrastruktur deutlich vorangebracht und beschleunigt, indem wir diese ins überragende öffentliche Interesse gestellt haben.

Die LKW-Maut haben wir so ausgelegt, dass sie die Antriebswende voranbringt durch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Komponente. Das Bidirektionale Laden steht derzeit kurz vor dem gesetzlichen Durchbruch. Ebenfalls konnten wir den Netzausbau - auch für die e-Mobilität - massiv vorantreiben.

Wir haben die Verwendung von Palmöl im Verkehrsbereich gesetzlich endlich ausgeschlossen. Wir gehen dem Missbrauch von Regelungen für Emissionsquoten nach und beenden diese. Die öffentlichen Flotten versehen wir wiederum mit ambitionierteren Zielen bei der Dekarbonisierung. Wir unterstützen insgesamt den Hochlauf der Elektromobilität, auch um Know How und Arbeitsplätze in der hiesigen Mobilitätswirtschaft zu halten und zu entwickeln.

Das Urteil zum Klima- und Transformationsfonds des Bundesverfassungsgerichts war ein Rückschlag, zusammen mit der Schuldenbremse hat dies zu Kürzungen von Fördermaßnahmen geführt wie der Kaufprämie für E-Autos oder der Förderung für die Anschaffung von E-Bussen in den kommunalen Verkehrsbetrieben. Kaufprämien und Dienstwagenbesteuerung müssen künftig kleine und leichte Fahrzeuge fokussieren. Es reicht nicht, die fossile Gießkanne abzuschaffen, ohne endlich auch gerechte Fahrzeuggrößen zu thematisieren. Für uns ist es unerlässlich, durch den Ab- und Umbau fossiler Subventionen hin zu klimafreundlichen Förderungen wieder haushälterische Spielräume zu gewinnen.

Klimaschutz, der weltweit fliegt:

Die Dekarbonisierung des Luftverkehrs stellt eine besondere Herausforderung dar. Aber wir entlassen die Luftfahrt nicht aus ihrer Verantwortung.

Deshalb haben wir die Luftverkehrsteuer um den Betrag angehoben, den eine Kerosinsteuer auf innerdeutsche Flüge erbringen würde.

Auf EU-Ebene haben wir mit grüner Unterstützung aus Deutschland wegweisende Erfolge erzielt:

- ansteigende Quoten für alternative, weniger klimaschädliche, Treibstoffe
- das Aus kostenloser CO<sub>2</sub>-Zertifikate
- die Weichenstellung, damit endlich auch die sekundären Klimaeffekte berücksichtigt werden

- obligatorischer Bodenstrom für parkende Flugzeuge
- verpflichtende Ultrafeinstaubmessungen auch an Flughäfen
- ein Klima-Label für Flüge
- ein neuer, zweiter Emissionshandel, der auch Privatjets in die CO<sub>2</sub>-Bepreisung einbindet

Mehrere dieser Maßnahmen werden die Ultrafeinstaubbelastung in den Flughafenregionen reduzieren.

Im Bundeshaushalt haben wir außerdem Mitteln für die Entwicklung von E-Kerosin gesichert, Geld für die Erprobung von leiseren Flugverfahren erhalten, sowie zusätzliche Mittel für den Deutschen Wetterdienst, die dazu beitragen werden, die sekundären Klimaeffekte des Fliegens zu mindern.

Das alles ist nicht genug. Wir kämpfen weiter für den Abbau klimaschädlicher Subventionen im Luftverkehr. Damit wollen wir für mehr Gerechtigkeit und mehr Spielraum für die Förderung von Klimaschutz sorgen. Die Regelungen auf EU-Ebene müssen nachgeschärft werden. Wir arbeiten außerdem weiter hartnäckig an einer gesetzlichen Verbesserung des aktiven und des passiven Lärmschutzes und an der Verbesserung der Luftqualität in den Flughafenregionen.

Öffentlicher Personennahverkehr für alle – bezahlbar, barrierefrei und zukunftssicher:

Das Deutschlandticket ist nach dem 9-Euro-Ticket ein riesiger Erfolg als die erste langfristige Maßnahme, die den Tarifschub in Deutschland beseitigt und über 13 Millionen Menschen eine Möglichkeit gibt, klimafreundlich und kostengünstig durch das ganze Land zu reisen.

- Um diese Errungenschaft langfristig zu sichern, setzen wir uns dafür ein, dass das Ticket dauerhaft fortgeführt wird. Dafür braucht es einen fairen und transparenten Preismechanismus, der Preisstabilität garantiert und eventuelle Preissprünge auch wieder zurückholen kann, um das Ticket sozialer zu gestalten. Für uns haben Einnahmesteigerungen durch mehr verkaufte Abos Vorrang vor Preiserhöhungen. Insbesondere bei den Jobtickets sehen wir noch erhebliche Potenziale.
- Wir fordern eine Weiterentwicklung des Deutschlandtickets, die es Erwachsenen ermöglicht, Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre kostenlos mitzunehmen. Neben dem solidarischen Deutschlandsemesterticket sollten auch Lösungen für Azubis und Freiwilligendienstleistende gefunden werden. Außerdem braucht es ein bundesweit einheitliches vergünstigtes Angebot des Deutschlandtickets für Menschen mit geringem Einkommen. Auch eine einheitliche Regelung zur Mitnahme von Fahrrädern streben wir an.
- Es ist uns eine Herzensangelegenheit, dass der ÖPNV barrierefrei und für alle Menschen zugänglich wird. Hierzu bedarf es eines bundesweiten Ausbau- und Modernisierungspakts, der nicht nur die Infrastruktur stärkt, sondern auch Barrierefreiheit konsequent umsetzt. Ein starker ÖPNV ist das Rückgrat einer klimafreundlichen Mobilität – und muss deshalb für alle Menschen bezahlbar, zugänglich und zukunftssicher gestaltet werden. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen wollen wir den ÖPNV in Stadt und Land ausbauen und die Anbindung an attraktive Bus- und Bahnangebote sicherstellen.
- Die Grundlage hierfür ist das Konzept der Mobilitätsgarantie, mit der wir auch in ländlichen Regionen ein Grundangebot des ÖPNV sicherstellen möchten. Als Zielbild möchten wir einen ein- bis zweistündlichen Takt erreichen, in dem ein Bus oder ein entsprechendes öffentliches

Verkehrsmittel angeboten wird, wie zum Beispiel ein On-Demand-Angebot in verkehrsärmeren Zeiten.

- Wir setzen uns dafür ein, dass das Fahren ohne Fahrschein nicht länger als Straftat verfolgt wird. Die aktuelle Praxis, armutsbetroffene Menschen, die Geldstrafen nicht zahlen können, in Ersatzfreiheitsstrafen zu schicken, ist unverhältnismäßig und belastet das Justizsystem sowie die Betroffenen. Freiheitsentzug wegen fehlender Tickets reißt Menschen unnötig aus ihrem sozialen Umfeld und verstärkt ihre prekäre Lebenssituation. Eine Entkriminalisierung würde nicht nur die Justiz und die Verkehrsbetriebe entlasten, sondern auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit im öffentlichen Nahverkehr beitragen. Ein zugänglicher und gerechter ÖPNV muss für alle Menschen bezahlbar sein, ohne sie durch überzogene Strafen zu kriminalisieren.

Die Bahn endlich wieder fit machen:

Für die Schiene können wir in den nächsten Monaten viel erreichen:

- Verkehrsminister Wissing hat mehrfach das Moderne Schiene Gesetz versprochen. Dort soll die Finanzierung der Schiene komplett neu aufgestellt werden. Wir erwarten, dass Wissing seine Versprechen wahr macht und setzen uns für die Einführung eines Schienenfonds ein. Ein solcher ermöglicht die überjährige Finanzierung von Aus- und Neubau. Auf dieser Grundlage können die Deutsche Bahn und die Bauwirtschaft ihre Planungs- und Baukapazitäten aufstocken, damit wir mit dem Ausbau der Infrastruktur endlich zügiger voran kommen
- Die Investitionen für die Schiene sind auf einem Rekordhoch. Aufgrund des Sanierungsstaus durch die CSU liegt der Fokus auf dem bestehenden Bahnnetz. Zugunsten von Neu- und Ausbau für den Deutschlandtakt sowie der Digitalisierung unseres Bahnnetzes braucht es weitere Investitionen.
- Leider gibt es bei Aus- und Neubau der Schiene viel Widerstand durch die anderen Parteien. Ohne zusätzliche Schienenwege können wir die Bahn jedoch nicht zum Rückgrat der Verkehrswende ausbauen. Die politischen Blockaden von SPD, Union und FDP kosten uns viele Jahre bei der erforderlichen Verlagerung von Personen- und Güterverkehren auf die klimafreundlichere und energieeffizientere Bahn. Hier setzen wir uns für einen Schienenkonsens ein, damit wichtige Erweiterungen, Reaktivierungen und Elektrifizierungen endlich angegangen werden.

Mehr Sicherheit für alle, die auf dem Rad oder zu Fuß unterwegs sind:

Wir haben in dieser Wahlperiode das Straßenverkehrsrecht auf grundlegend neue Füße gestellt: Künftig steht nicht mehr allein der reibungslose Verkehrsfluss des Autos im Mittelpunkt des Straßenverkehrsrechts, sondern auch Klima- und Umweltschutz, städtebauliche Entwicklung, Gesundheit und Verkehrssicherheit. Kommunen können endlich systematisch für komfortable und sichere Wege mit Rad und Bus und zu Fuß sorgen. Sie haben mehr Möglichkeiten Tempo 30 einzurichten und verkehrsberuhigte und lebenswerte Quartiere zu schaffen.

In der kommenden Wahlperiode geht es darum, diesen Paradigmenwechsel weiter anzuwenden und Kommunen dabei zu unterstützen, das neue Straßenverkehrsrecht vor Ort umzusetzen. Im Einzelnen bedeutet das:

- Mehr Spielraum bei Tempo 30 innerorts/Tempo 80 außerorts: Bei Geschwindigkeitsbegrenzungen gilt trotz Erleichterungen bei T30 immer noch der alte Rechtsrahmen. Hier wollen wir den Kommunen noch mehr Entscheidungsspielraum einräumen.
- Radwegenetze im ganzen Land: Wir Grüne haben in dieser Wahlperiode die Mittel für den Radverkehr abgesichert und den Kommunen die gewünschte Planungssicherheit gegeben. Es ist

nun Zeit für einen Hochlauf der Radverkehrsmittel für sichere Radwege in und zwischen Städten und Gemeinden, sowie als Zubringer zum ÖPNV zu sorgen.

- Sichere Schulwege und Schulstraßen: Wir wollen dass alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland sicher und selbstständig mit dem Rad oder zu Fuß zur Schule kommen können. Dafür unterstützen wir Kommunen bei der Einrichtung von sicheren Schulwegen. Für eine unbürokratische Einrichtung von Schulstraßen, wollen wir den Kommunen noch weitere Entscheidungsspielräume übergeben.
- Sichere Fußverkehrsnetze: Als Bund stocken wir die Förderung von Fußverkehrsinfrastruktur in Kommunen auf (nach dem Vorbild des Sonderprogramms Stadt und Land für den Radverkehr), fördern eine Stiftungsprofessur für den Fußverkehr, finanzieren ein Aus- und Weiterbildungsangebot für Planer\*innen in den Belangen des Fußverkehrs und stärken institutionell die Erhebung von Daten zum Fußverkehr.
- Parken: Auch hier wollen wir Kommunen mehr Kompetenzen geben. Sie sollen z.B. die Möglichkeit haben, soziale Kriterien bei Parkgebühren anzuwenden und Parkraum effizient digital überwachen können.
- Tempolimit: Wir kämpfen weiterhin für ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen.

Dafür setzen wir uns ein - eine Zusammenfassung:

Als Grüne setzen wir uns in Bund und Ländern für eine echte klima- und sozial gerechte Mobilitätswende mit folgenden Maßnahmen ein:

- Das 49-Euro-Ticket soll verstetigt werden. Für uns haben Einnahmesteigerungen durch mehr verkaufte Abos Vorrang vor Preiserhöhungen. Insbesondere bei den Jobtickets sehen wir noch erhebliche Potenziale. Bei Preissteigerungen werden wir nach Wegen für eine Rückkehr zum Ursprungspreis, ggf. in der Form von Jahres-Abos, suchen. Wir fordern zudem eine Verbesserung

der Konditionen des Abos, um mehr Kund\*innen für Abos zu gewinnen, bspw. durch eine bundesweite Mitnahmeregelung für Kinder.

- Abbau von klimaschädlichen Subventionen, insbesondere einer Reform des "Dienstwagenprivilegs".
- Ein bundesweites Ausbauprogramm für den ÖPNV sowie eine bundesweit geltende Mobilitätsgarantie.
- Tempolimit: Wir kämpfen weiterhin für ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen.
- Die Umschichtung von Mitteln aus dem Straßenneu- und -ausbau, einerseits in den Erhalt der Straßen mit eindeutigem Fokus auf die Brückensanierung, andererseits für den Ausbau der Schiene und des ÖPNV.
- Eine weitere Finanzierung für die Schiene, die Sanierung und Erweiterung ermöglicht und langfristig absichert.
- Eine Ausbauoffensive für Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur: die Stärkung der aktiven Mobilität im Modal Split hat ein riesiges Einsparpotential.
- Mehr Ambitionen für klimaneutralen Luftverkehr.
- eine kritische Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans auf Basis eines neuen Gestaltungsszenarios für das Jahr 2040, endlich unter Berücksichtigung der sozialen sowie klimapolitischen Ziele und der angespannten Haushaltslage. Ziel bleibt ein Bundesmobilitätsplan statt des aus der Zeit gefallenen und in seiner Zusammenstellung als Wunschliste völlig unrealistischen Bundesverkehrswegeplans.

Um die weiteren Handlungsbedarfe breit zu diskutieren, wird die grüne Bundestagsfraktion im November einen Mobilitätskongress ausrichten.

## Begründung

Dieser Antrag wurde als Globalalternative zum oben verlinkten Antrag verfasst und ist ein gemeinsamer Antrag der AG Mobilität der Grünen Bundestagsfraktion (Stefan Gelbhaar, Susanne Menge, Nyke Slawik, Matthias Gastel, Swantje Michaelsen) und wurde unter Mitwirkung von Lisa Badum MdB, Berichterstatterin für das Klimaschutzgesetz erstellt.

## weitere Antragsteller\*innen

Swantje Henrike Michaelsen (KV Hannover); Stefan Gelbhaar (KV Berlin-Pankow); Lisa Badum (KV Forchheim); Matthias Gastel (KV Esslingen); Sebastian Walter (KV Mittelsachsen); Peer Schwiders (KV Frankfurt-Oder); Rolf Martens (KV Vorpommern-Rügen); Erhard Grundl (KV Straubing-Bogen); Asja Linke (KV Groß-Gerau); Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Michael Jahn (KV Esslingen); Michael Gross (KV Biberach); Christina-Johanne Schröder (KV Wesermarsch); Uwe Janssen (KV Esslingen); Florian Imbt (KV Braunschweig); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Torsten Franz (KV Lüneburg); Nicolas Blume (KV Köln); Ildiko Zoe Mermagen (KV Köln); sowie 81 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## WO-BV-01-023 Wahlordnung für die Wahl zum Bundesvorstand

Antragsteller\*in: Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

### Änderungsantrag zu WO-BV-01

Von Zeile 18 bis 20:

bereitgestellten Urnen (Frauen / Offen) einzuwerfen. Zur Beantwortung der Fragen stehen den jeweiligen Kandidat\*innen bis zu ~~3~~5 Minuten zur Verfügung. Das Präsidium verliert pro Kandidat\*in maximal ~~2~~6 gezogene Fragen.

### Begründung

Die Begrenzung auf maximal zwei Fragen wird der Wichtigkeit der Wahl der Bundesvorsitzenden nicht gerecht. Es sollte die Möglichkeit bestehen, mehr als zwei Fragen an die Kandidierenden zu richten.

### weitere Antragsteller\*innen

Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Joana Zühlke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Antonia Tretter (KV Berlin-Neukölln); Clara Kölmel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Kübra Beydas (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Santiago Rodriguez Salgado (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln); Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Kristin Kosche (KV Berlin-Mitte); Peter Windsheimer (KV Berlin-Reinickendorf); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 40 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## WO-BV-01-024 Wahlordnung für die Wahl zum Bundesvorstand

Antragsteller\*in: Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

### Änderungsantrag zu WO-BV-01

Von Zeile 19 bis 20 einfügen:

stehen den jeweiligen Kandidat\*innen bis zu 3 Minuten zur Verfügung. Das Präsidium verliert pro Kandidat\*in maximal 2 quotierte gezogene Fragen.

### Begründung

Fragen an die Kandidat\*innen für den Bundesvorstand müssen quotiert erfolgen. Bei der letzten BDK zur Aufstellung der Europaliste wurde dies nicht durchgehalten und teils ausschließlich Fragen männlicher Mitglieder gestellt.

### weitere Antragsteller\*innen

Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Joana Zühlke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Teresa Krause (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Christina Hilmer-Benedict (KV Berlin-Neukölln); Antonia Tretter (KV Berlin-Neukölln); Clara Kölmel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Kübra Beydas (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Santiago Rodriguez Salgado (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln); Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Kristin Kosche (KV Berlin-Mitte); sowie 37 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.